



Die deutsche Wirtschaft im Sog der Energiepreiskrise

DIHK-Konjunkturumfrage Herbst 2022

 **Gemeinsam Wirtschaft Stärken**

DIHK

Deutscher
Industrie- und Handelskammertag

IHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammern

Inhalt

Aktuelle Geschäftslage der Unternehmen.....	3
Geschäftserwartungen der Unternehmen.....	6
Aktuelle Finanzierungssituation der Unternehmen.....	10
Geschäftsrisiken der Unternehmen für die kommenden 12 Monate.....	13
Exportenerwartungen der Industrieunternehmen für die kommenden 12 Monate.....	18
Investitionsabsichten der Unternehmen für die kommenden 12 Monate.....	21
Beschäftigungsabsichten der Unternehmen für die kommenden 12 Monate.....	24
DIHK-Prognose für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland.....	27

Impressum

Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Herausgeber und Copyright

© Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.
Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte
Telefon 030 20308-0 | Fax 030 20308-1000

DIHK Brüssel

Vertretung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages bei der Europäischen Union
19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles
Telefon : +32 2 286-1611 | Fax +32 2 286-1605

DIHK Online

[Homepage](#) | [Facebook](#) | [Twitter](#) | [LinkedIn](#) | [Instagram](#) | [Youtube](#)

Redaktion: Dr. Kathrin Andrae, Dr. Benjamin Baykal, Carolin Herweg, Alena Kühlein, Melanie Vogelbach, Dr. Jupp Zenzen

Grafik: Friedemann Encke, Sebastian Titze, DIHK

Stand: November 2022

Weitere Ergebnisse, den Fragebogen sowie Hinweise zur Methodik der Umfrage finden Sie unter www.dihk.de/konjunktur

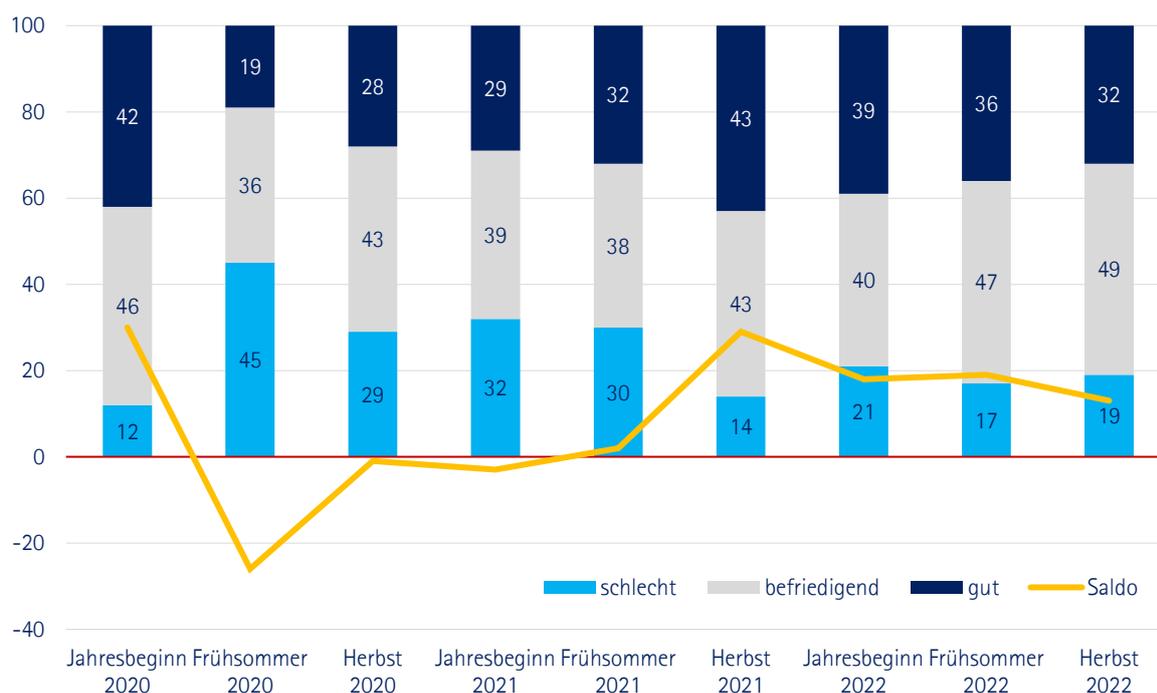
Aktuelle Geschäftslage der Unternehmen

Die Geschäftslage der Unternehmen ist von der Energiepreiskrise und der Rekordinflation geprägt. Seit der Vorumfrage im Frühsommer lagen die monatlichen Inflationsraten durchgängig bei über sieben Prozent, zuletzt, im September, nach Angaben des Statistischen Bundesamts sogar bei 10 Prozent. Größter Treiber sind dabei die Energiekosten. Zudem ist auch die Lieferkettenproblematik noch nicht ausgestanden. Hinzu kommt eine Eintrübung der Weltkonjunktur, die besonders der Exportwirtschaft zunehmend Sorgen bereitet. Gleichzeitig gab es im Sommer und zu Herbstbeginn keine nennenswerten Einschränkungen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie. Viele Unternehmen, gerade im Dienstleistungsbereich und im Einzelhandel, konnten erstmals wieder unter „Normalbedingungen“ ihrem Geschäft nachgehen. Diese Faktoren wirken unterschiedlich stark auf die einzelnen Branchen. Insgesamt hat sich die Geschäftslage im Vergleich zum Frühsommer etwas verschlechtert. Jedoch kommen die Unternehmen überwiegend noch zu einer positiven Bewertung ihres aktuellen Geschäfts.

Über alle Branchen hinweg schätzen knapp ein Drittel der Unternehmen (32 Prozent) ihre Geschäftslage im Herbst als „gut“ ein. Das sind vier Prozentpunkte weniger als in der Vorumfrage im Frühsommer. Hingegen steigt der Anteil der Unternehmen, die von einer schlechten Geschäftslage berichten, leicht auf 19 Prozent (zuvor 17 Prozent). Der Saldo aus guten und schlechten Lageeinschätzungen verschlechtert sich damit im Vergleich zum Herbst um sechs auf 13 Punkte und liegt damit merklich unter dem langjährigen Schnitt (21 Punkte).

Ein Blick in die unterschiedlichen Sektoren zeigt, dass sich die Lageeinschätzung fast flächendeckend verschlechtert hat. In der Industrie und im Baugewerbe sind vor dem Hintergrund von teils dramatischen Preissteigerungen und Engpässen bei Energie, Rohstoffen und Vorleistungen deutliche Eintrübungen der Geschäftslage erkennbar. Dennoch bewerten die Unternehmen in beiden Sektoren ihre Lage noch überwiegend mit „gut“ (Industrie: Saldo von 14 nach zuvor 29 Punkten; Baugewerbe Saldo von 26 nach zuvor 39 Punkte). Im Gegensatz dazu spürt der Handel bereits die Konsumzurückhaltung der Verbraucher als Folge der gestiegenen Preise und bewertet seine Lage mittlerweile als neutral (Saldo von null nach zuvor 14 Punkten). Lediglich bei den Dienstleistern hat sich die Geschäftslage im Vergleich zum Frühsommer weiter aufgehellt, weil insbesondere bei den konsumnahen Branchen nach zwei Jahren Pandemie im zweiten und dritten Quartal des Jahres erstmals wieder ein normaler Geschäftsbetrieb möglich war. Das sorgt dafür, dass sich die Geschäftslage im Dienstleistungsbereich insgesamt sogar geringfügig verbessert hat und weiterhin positiv bewertet wird (Saldo von 15 nach zuvor 14 Punkten).

Geschäftslage der Unternehmen – Anteile in Prozent, Saldo in Punkten



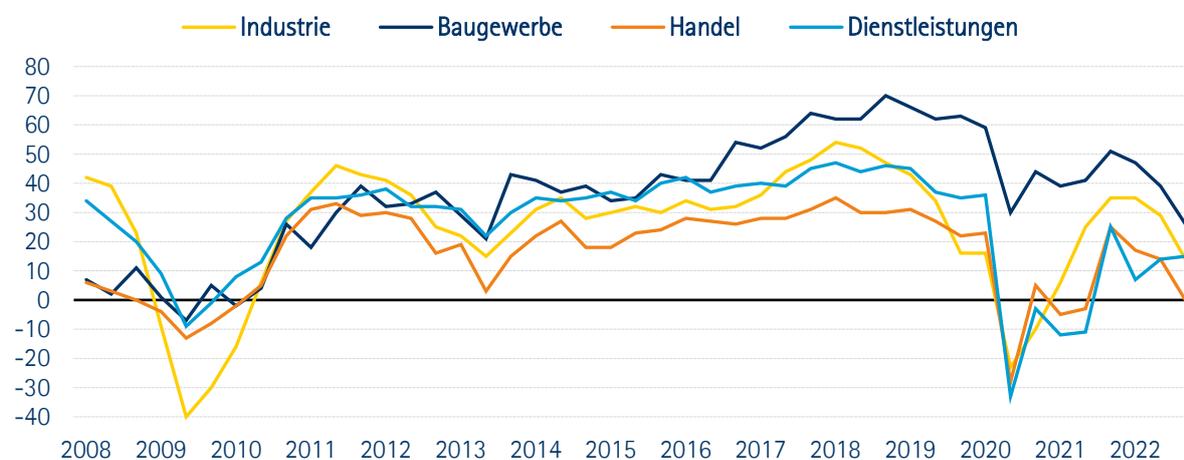
Die **Industrie** spürt den Druck der dramatisch gestiegenen Energiekosten. Zudem sind auch die Kosten für Vorleistungen weiterhin hoch. Immerhin zeichnet sich eine Entspannung bei Lieferengpässen ab. Aber die Lieferkettenprobleme sind noch immer nicht überwunden und belasten zusätzlich das Geschäft. Ein weiterhin hoher Auftragsbestand wirkt stabilisierend auf die aktuelle Geschäftslage, auch wenn zuletzt die Bestellungen aus In- und Ausland zurückgegangen sind. Insgesamt berichtet noch ein Drittel (33 Prozent) der Industriebetriebe von guten Geschäften, das sind neun Prozentpunkte weniger als noch im Frühsommer. Hingegen ist der Anteil der Unternehmen mit schlechter Geschäftslage von 13 Prozent auf 19 Prozent gestiegen. Der Saldo aus guten und schlechten Lagebewertungen hat sich damit um 15 auf 14 Punkte mehr als halbiert.

Die **Vorleistungsgüterproduzenten** gehören mit zu den energieintensivsten Branchen und spüren die hohen Kosten für Gas und Strom besonders deutlich. Jeder fünfte Betrieb musste bereits aus Kostengründen die Produktion einschränken. Entsprechend hat sich die Einschätzung der Geschäftslage im Vergleich zum Frühsommer deutlich verschlechtert. Zwar kommen die Unternehmen hier immer noch überwiegend zu einer positiven Bewertung, jedoch ist der Saldo aus guten und schlechten Einschätzungen Geschäftslage um 24 auf elf Punkte deutlich zurückgegangen. Besonders drastisch fällt der Einbruch dabei in der Chemieindustrie aus. Dort überwiegen mittlerweile die negativen Lagebewertungen. Der Saldo ist um 33 auf minus sieben Punkte gefallen.

Nicht nur die gestiegenen Energiepreise, sondern auch die gestiegenen Preise für Nahrungs- und Düngemittel belasten das Geschäft der **Ge- und Verbrauchsgüterhersteller**. Der Saldo aus guten und schlechten Lagebewertungen sinkt um sechs Punkte auf null, jeweils ein knappes Viertel (24 Prozent) der Unternehmen gelangt zu einer positiven bzw. zu einer negativen Lagebewertung. Besonders angespannt ist dabei die Lage in der Nahrungs- und Futtermittelindustrie, wo fast mehr als doppelt so viele Betriebe (29 Prozent nach zuvor 26 Prozent) von einer schlechten Geschäftslage sprechen als von einer guten Geschäftslage (17 Prozent nach zuvor 22 Prozent). Der Saldo fällt hier um acht auf minus zwölf Punkte.

Im Vergleich zu anderen Industriezweigen laufen die aktuellen Geschäfte bei den **Investitionsgüterherstellern** noch vergleichsweise gut. Auch hier bereiten die Energiekosten große Sorgen. Bislang aber musste die Produktion wegen der gestiegenen Preise bei den meisten Investitionsgüterherstellern seltener eingeschränkt oder teilweise stillgelegt werden (zwölf Prozent) als z. B. bei den energieintensiveren Vorleistern (21 Prozent). Noch 39 Prozent der Investitionsgüterproduzenten melden eine gute Geschäftslage (nach zuvor 44 Prozent), 16 Prozent bewerten ihre Lage negativ (nach zuvor zwölf Prozent). Der Saldo der Geschäftslage sinkt damit um neun auf 23 Punkte. Am positivsten bewerten dabei die Unternehmen der Elektrotechnik ihre aktuelle Situation: Über zwei von fünf Betrieben (42 Prozent nach zuvor 48 Prozent) berichten von einer guten Geschäftslage, lediglich 14 Prozent (nach zuvor 10 Prozent) von einer schlechten (Saldo von 28 Punkten nach zuvor 38 Punkten). Im Maschinenbau laufen die Geschäfte ebenfalls zwar schlechter als noch im Frühsommer, aber insgesamt zufriedenstellend (Saldo von 26 Punkten nach zuvor 39 Punkten). Entgegen dem allgemeinen Trend schätzen die Kraftfahrzeugbauer ihre Lage besser als in der Vorumfrage. Die Geschäftslage ist im Saldo um neun auf zwölf Punkte gestiegen.

Geschäftslage der Unternehmen – Saldo in Punkten



Saldo aus gut- und schlecht-Bewertungen

Die Geschäftslage ist im **Baugewerbe** insgesamt weiterhin überwiegend gut. Jedoch hinterlassen die gestiegenen Kosten für Material und Energie sowie die zuletzt anziehenden Bauzinsen ihre Spuren, insbesondere im Hoch- und Tiefbau. Hinzu kommt der anhaltende Fachkräftemangel und die Sorge vor weiter steigenden Arbeitskosten. Mit 37 Prozent berichten insgesamt neun Prozentpunkte weniger Bauunternehmen als in der Vorumfrage von einer guten Geschäftslage. Hingegen steigt der Anteil der Bauunternehmen mit schlechter Lage von sieben auf nun elf Prozent. Damit sinkt die Lagebewertung auf einen Saldo von 26 nach zuvor 39 Punkten. Die im Zuge der Leitzinssatzanhebung sprunghaft gestiegenen Bauzinsen und Kürzungen bei den Investitionsplänen von Unternehmen führen zu einem deutlichen Rückgang der Aufträge, insbesondere im Hoch- und Tiefbau. Hinzu kommt der Fachkräftemangel, der die Geschäfte im Bau belastet. Daher verringert sich im Hochbau der Saldo aus guten und schlechten Lageeinschätzungen um 19 auf 19 Punkte, im Tiefbau sinkt der Saldo um zehn auf 22 Punkte. Deutlich besser ist die Geschäftslage im Ausbaugewerbe. Die hohen Energiepreise sorgen derzeit auch für eine hohe Nachfrage seitens der Unternehmen, aber auch der privaten Haushalte nach energetischer Sanierung und Umrüstung. Trotz steigender Kosten und Engpässen bei Material schätzt fast die Hälfte (46 Prozent nach zuvor 50 Prozent) der Betriebe im Ausbaugewerbe ihre Lage als gut ein, nur bei neun Prozent (nach zuvor sieben Prozent) laufen die Geschäfte schlecht. Entsprechend sinkt der Saldo aus positiven und negativen Lagebewertungen um sechs auf 37 Punkte.

Im **Handel** belasten die mit der Inflation einhergehende Konsumzurückhaltung der Verbraucher, aber auch die hohen Großhandels- und Energiepreise die Geschäfte. Von den vier Sektoren kommt der Handel zur pessimistischsten Bewertung der aktuellen Geschäftslage. Jeweils ein Viertel der Unternehmen (25 Prozent) kommen sowohl zu einer guten als auch zu einer schlechten Lageeinschätzung (zuvor 33 Prozent positiv und 19 Prozent negativ). Der Saldo aus guten und schlechten Bewertungen verschlechtert sich damit deutlich um 14 auf null Punkte. Noch positiv bewerten Großhändler und Handelsvermittler ihr aktuelles Geschäft. Hier sinkt der Saldo aus positiven und negativen Lagebewertungen im Vergleich zur Vorumfrage um 18 auf sieben Punkte. Der Einzelhandel spürt bereits jetzt eine Konsumzurückhaltung der Verbraucher. So sind die Einzelhandelsumsätze nach einem starken ersten Quartal im weiteren Jahresverlauf deutlich zurückgegangen. Gleichzeitig leiden auch Einzelhändler unter gestiegenen Energie- und Arbeitskosten. Zudem verlangt ihnen auch der Großhandel höhere Preise ab. Daher kommen dort mit 27 Prozent (nach zuvor 23 Prozent) mehr Unternehmen zu einer schlechten Lagebewertung als zu einer guten (21 Prozent nach zuvor 28 Prozent). Der Saldo der Geschäftslage dreht damit um elf Punkte ins Negative auf minus sechs Punkte.

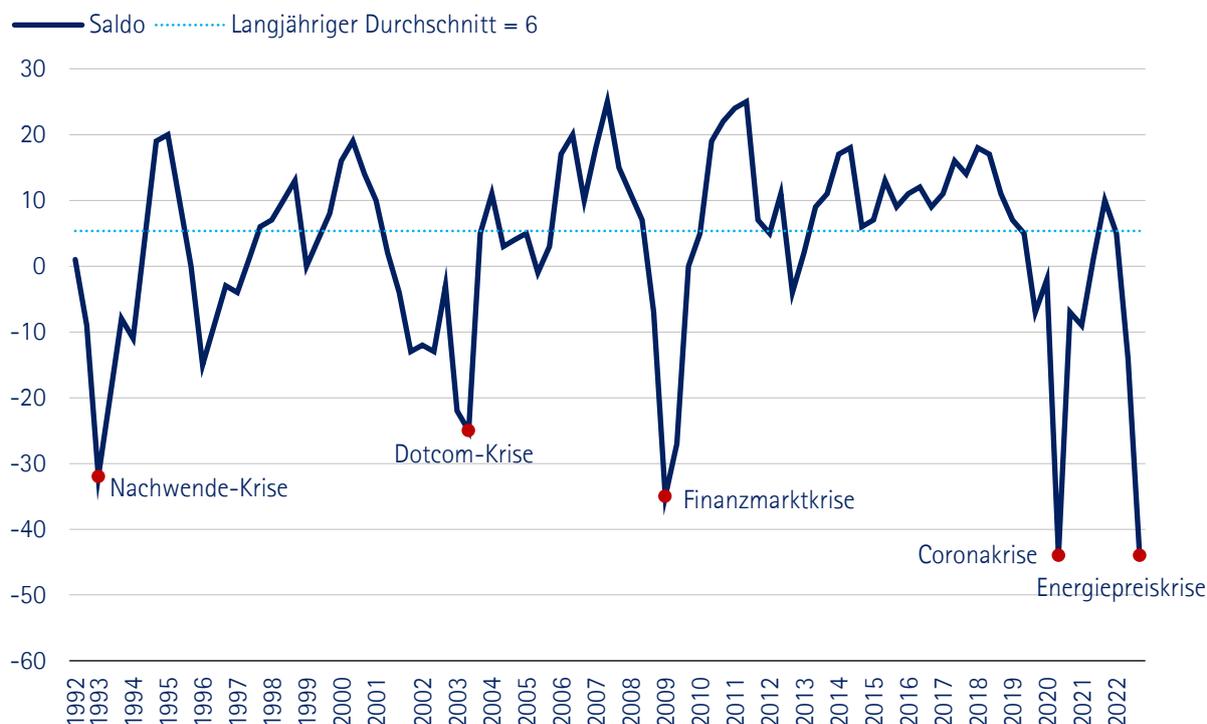
Zwar leiden auch die **Unternehmen des Dienstleistungssektors** unter den gestiegenen Energiepreisen und unter einer zunehmenden Konsumzurückhaltung. Allerdings konnten viele konsumnahe Dienstleister, wie z. B. Gastronomen, Fitnessstudios oder Kinos, nach dem Auslaufen der Corona-Schutzmaßnahmen im Frühjahr erstmals seit Ausbruch der Pandemie wieder unter „Normalbedingungen“ arbeiten. Daher ist bei den Dienstleistern insgesamt im Vergleich zum Frühsommer eine geringfügige Lageverbesserung erkennbar. Ein Drittel der Unternehmen (33 Prozent nach zuvor 24 Prozent) bewertet die derzeitigen Geschäfte mit „gut“, 18 Prozent nach zuvor 20 Prozent bewerteten die Lage mit „schlecht“. Folglich steigt der Saldo aus positiven und negativen Einschätzungen im Vergleich zur Vorumfrage leicht um einen Punkt auf 15 Punkte. Besonders das Gastgewerbe konnte auf solide Gästezahlen und Umsätze im Verlauf des Sommers blicken. So haben z. B. im Beherbergungsgewerbe die Übernachtungszahlen das Vorkrisenniveau wieder erreicht. Entsprechend hat sich der Anteil der Unternehmen im Gastgewerbe, die von einer positiven Lage sprechen seit der Vorumfrage von 17 Prozent auf 37 Prozent mehr als verdoppelt, hingegen hat sich der Anteil der Unternehmen mit negativer Geschäftslage von 40 Prozent auf 19 Prozent mehr als halbiert. Die Folge ist ein kräftiger Anstieg des Saldos der Geschäftslage um 41 auf 18 Punkte. Die positive Entwicklung seit dem Jahresbeginn setzt sich damit bis in den Herbst fort (Saldo Jahresbeginn 2022 bei minus 67 Punkten). Im Gegensatz dazu hängen die unternehmensbezogenen Dienstleister stark an der Entwicklung der Industrie. Die Eintrübung dort führt auch unweigerlich zu geringeren Aufträgen für Unternehmensdienstleister. So hat sich deren Lageeinschätzung ausgehend von einem hohen Niveau verschlechtert. Der Saldo aus positiven und negativen Lagebewertungen ist im Vergleich zu Vorumfrage um acht auf 25 Punkte gesunken.

Geschäftserwartungen der Unternehmen

Die deutsche Wirtschaft blickt sehr pessimistisch auf die nächsten Monate. Insbesondere die Energiepreise sind als Folge des russischen Überfalls auf die Ukraine in die Höhe geschossen. Die Unternehmen sehen sich nicht nur mit hohen Kosten für Energie- Rohstoffe und Vorleistungen konfrontiert. Die Energiekrise führt auch zu einer hohen Unsicherheit über die zukünftige Energieversorgung. Hinzu kommt eine Abkühlung der Weltkonjunktur, die insbesondere die exportorientierte deutsche Industrie zu spüren bekommt. Angesichts der Rekordinflationen schränken auch die Verbraucher ihren Konsum ein. Dies führt dazu, dass die Erwartungen der Unternehmen in diesem Herbst einbrechen und auf ein genauso tiefes Niveau gefallen sind wie zur Corona-Pandemie. In den Sektoren Industrie, Bau und Handel haben die Salden der Geschäftserwartungen sogar historische Tiefstände erreicht. Lediglich im Dienstleistungssektor waren die Erwartungen nach Ausbruch der Corona-Pandemie noch schlechter als jetzt.

Über die Hälfte der Unternehmen (52 Prozent) geht mittlerweile davon aus, dass sich ihre Geschäfte in den nächsten zwölf Monaten verschlechtern werden. Das sind 19 Prozentpunkte mehr als noch im Frühsommer. Der Anteil der Unternehmen, die von einer Verbesserung ihrer Geschäfte ausgehen, hat sich von 19 Prozent auf 8 Prozent mehr als halbiert. Das ist ein Allzeittiefstand der optimistischen Einschätzungen – noch nie war der Anteil optimistischer Unternehmen so gering. Im Saldo sind die Geschäftserwartungen damit um 30 Punkte auf minus 44 Punkte eingebrochen.¹

Geschäftserwartungen der Unternehmen – Saldo in Punkten



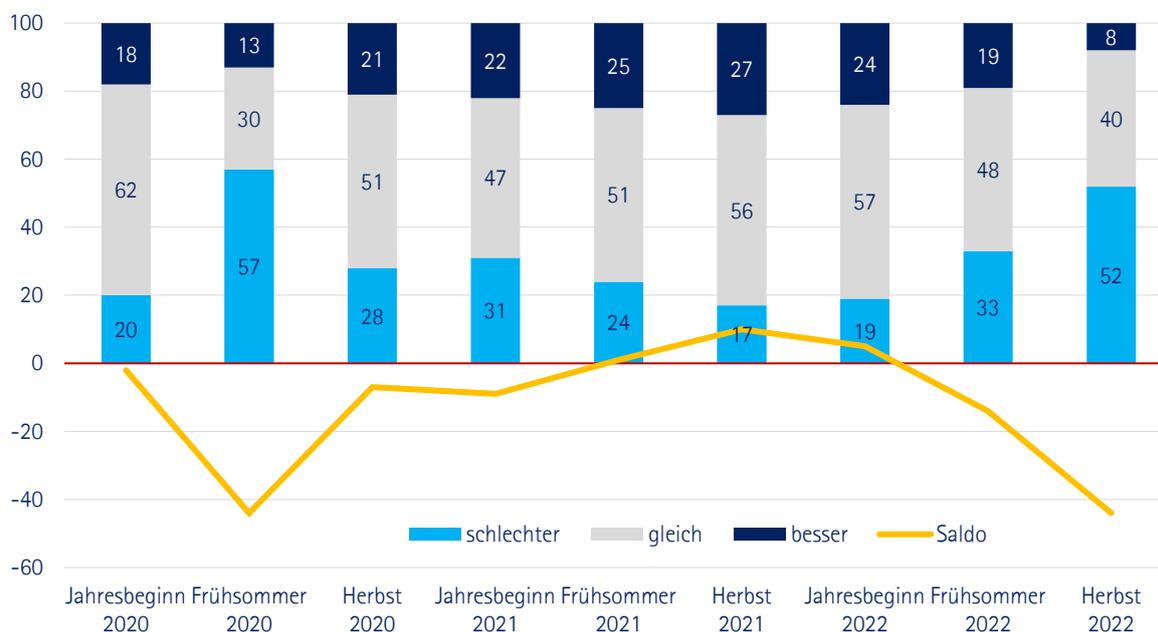
Gravierend ist der Einbruch der Geschäftserwartungen in der **Industrie**. Im Frühsommer kurz nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine gingen bereits 37 Prozent der Industrie von einer Verschlechterung der zukünftigen Geschäftslage aus. Mittlerweise sind es über die Hälfte (54 Prozent) der Industrieunternehmen, die pessimistisch in die Zukunft blicken. Nur noch acht Prozent (nach zuvor 14 Prozent) haben positive Geschäftserwartungen. Der Saldo sinkt um 23 Punkte auf ein Allzeittief von minus 46 Punkte.

¹ Der Befragungszeitraum der Konjunkturumfrage endete erst am 14. Oktober 2022. Es wurde geprüft, ob die Veröffentlichung der Vorschläge der Gaskommission am 10. Oktober 2022 Einfluss auf das Antwortverhalten hatte. Im Ergebnis ließ sich feststellen, dass bei Unternehmen, die erst nach dem 10. Oktober 2022 an der Umfrage teilgenommen hatten, die Geschäftserwartungen etwas weniger negativ waren als bei Unternehmen, die vor dem 10. Oktober an der Umfrage teilgenommen hatten. Insbesondere war der Anteil der Unternehmen mit pessimistischen Erwartungen nach dem 10. Oktober 2022 kleiner.

Für die **Vorleistungsgüterhersteller** sind die Preissprünge und Verknappungen bei Energie und Rostoffen besonders drückend – wie schon in der Vorumfrage nennen 95 Prozent der Vorleister dies als Top-Risiko. Ein Höchstwert innerhalb der verschiedenen Industriezweige. Auch langfristig wird das Preisniveau bei Energie deutlich höher liegen als vor der Pandemie. Die energieintensiven Vorleister müssen sich auf dauerhaft höhere Energiekosten einstellen. Bereits jetzt reduzieren über ein Fünftel (21 Prozent) der Hersteller von Vorleistungsgüter ihre Produktion aufgrund der hohen Energiekosten. Das führt zu einem weiteren Einbruch der Geschäftserwartungen um 23 Punkte auf einen Saldo von minus 52 Punkten. Nur noch sieben Prozent der Vorleistungsgüterproduzenten (nach zuvor 11 Prozent) ist optimistisch gestimmt. Drei von fünf (59 Prozent) blicken pessimistisch in die Zukunft (nach zuvor 40 Prozent). Besonders düster sind die Aussichten bei den Unternehmen aus dem Bereich Gewinnung von Steinen und Erden, Bergbau (der Saldo sinkt um 35 auf minus 75) sowie bei Unternehmen der Glas-, Keramik- und Steineverarbeitung (Saldo von minus 65 nach zuvor minus 35 Punkten). Stark betroffen sind auch die Chemische Industrie (Saldo von minus 53 Punkten nach zuvor minus 29 Punkten), Unternehmen der Metallherzeugung und -bearbeitung (Saldo von minus 53 nach zuvor minus 38 Punkten) sowie der Gummi- und Kunststoffindustrie (Saldo von minus 53 nach zuvor minus 33 Punkten).

Bei den **Investitionsgüterherstellern** führen die Energiekosten, eingeschränkte Exporterwartungen und auch die Investitionszurückhaltung im Inland zu einer Verschlechterung der Geschäftsaussichten für die kommenden Monate: Nur 12 Prozent (nach zuvor 17 Prozent) gehen von einer Verbesserung der Geschäfte aus, aber fast viermal so viele (46 Prozent nach zuvor 34 Prozent) rechnen mit einer Verschlechterung. Der Saldo aus positiven und negativen Geschäftserwartungen sinkt damit um 17 auf minus 34 Punkte. Mit am pessimistischsten blickt dabei der Kraftfahrzeugbau in die Zukunft (Saldo von minus 40 nach zuvor minus 21 Punkten). So senken in der Automobilindustrie bereits 16 Prozent der Betriebe ihre Produktion aufgrund der gestiegenen Energiepreise, 17 Prozent wollen deswegen auch Produktion ins Ausland verlagern. Im Maschinenbau fällt der Einbruch der Erwartungen geringfügig weniger dramatisch aus (Saldo von minus 34 nach zuvor minus 18 Punkten). Weniger pessimistisch sind die Aussichten in der Elektrotechnik, hier ist der Saldo aus positiven und negativen Erwartungen „nur“ um 13 auf minus 27 Punkte gesunken.

Geschäftserwartungen der Unternehmen – Anteile in Prozent, Saldo in Punkten



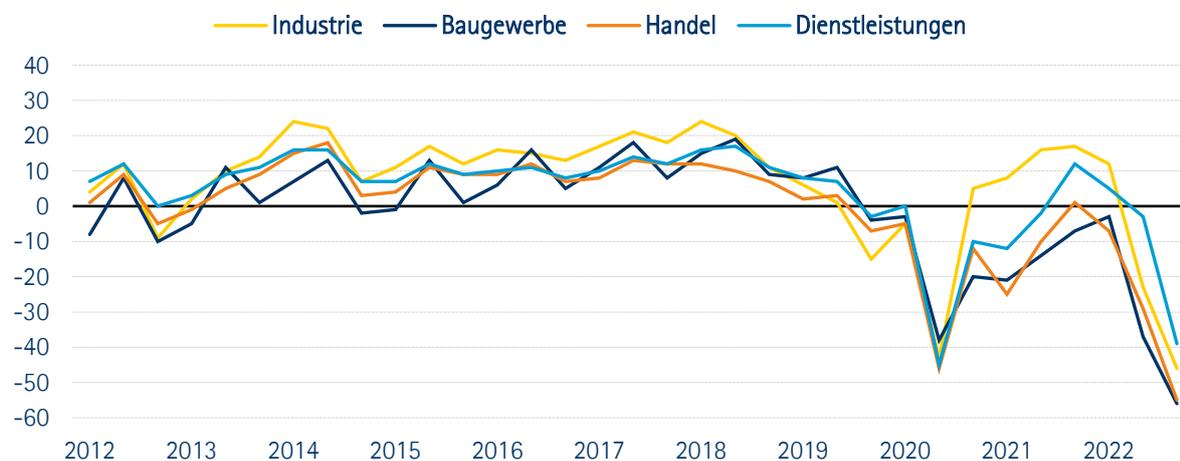
Auch bei den Herstellern von **Ge- und Verbrauchsgütern** brechen die Erwartungen nochmals deutlich ein, nachdem sie bereits in der Vorumfrage im Frühsummer abgesackt waren. Nicht nur die abnehmende Konsumlaune macht ihnen Kummer, teilweise verbrauchen auch Unternehmen aus Ge- und Verbrauchsgüterindustrie besonders viel Energie für die Produktion, z. B. die Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln. Insgesamt blicken nur acht Prozent (nach zuvor 19 Prozent) der Unternehmen der Ge- und Verbrauchsgüterindustrie noch hoffnungsvoll auf die kommenden 12 Monate, über die Hälfte (55 Prozent nach zuvor 38 Prozent) gehen von schlechteren Geschäften aus. Im Saldo sinken damit die Geschäftserwartungen auf minus 47 nach zuvor minus 19 Punkte. Besonders die Unternehmen aus dem Textil-, Bekleidungs- und Ledergewerbe (Saldo von minus 53 nach zuvor minus 20 Punkten) und der Nahrungsmittel- und Futterindustrie (Saldo von minus 48 nach zuvor minus 31 Punkten) rechnen mit deutlich schlechteren Geschäften. Im

Vergleich dazu ist die Pharmazeutische Industrie etwas weniger pessimistisch, wengleich auch hier die Geschäftserwartungen mit einem Saldo von minus 33 Punkten (nach zuvor 3 Punkten) auf einem Tiefststand angelangt sind.

Im **Baugewerbe** herrscht trotz der aktuell noch guten Geschäftslage großer Pessimismus mit Blick auf die kommenden Monate. Den Unternehmen machen nicht nur die gestiegenen Preise für Baumaterialien und Energie zu schaffen, sondern die Angst vor wegbrechenden Aufträgen. Angesichts der zuletzt deutlich gestiegenen Bauzinsen und der verringerten Investitionsabsichten der Unternehmen dürfte sich die Auftragslage im nächsten Jahr deutlich verschlechtern. Hinzu kommt, dass trotz der allgemein pessimistischen Stimmung der Fachkräftemangel im Baugewerbe ungebrochen groß bleibt. Mittlerweile haben fast drei von fünf Bauunternehmen (59 Prozent) negative Erwartungen, das sind 15 Prozentpunkte mehr als noch im Frühsommer. Der Anteil derjenigen mit positiven Aussichten ist mit drei Prozent verschwindend gering (zuvor sieben Prozent). Der Saldo sinkt um 19 auf minus 56 Punkte (Tiefstwert). Besonders pessimistisch sind dabei Hoch- und Tiefbau. Hier blicken jeweils knapp zwei Drittel der Unternehmen sorgenvoll in die Zukunft (Hochbau 64 Prozent nach zuvor 53 Prozent; Tiefbau 60 Prozent nach zuvor 48 Prozent). Der Saldo aus positiven und negativen Erwartungen sinkt im Hochbau um 14 auf minus 62 Punkte und im Tiefbau um 15 auf minus 58 Punkte. Geringfügig weniger pessimistisch schätzen die Betriebe des Ausbaugewerbes ihre Geschäftserwartungen ein: Der Saldo sinkt um sehr deutliche 27 auf minus 49 Punkte.

Dem **Handel** machen insbesondere die hohen Inflationsraten zu schaffen. Die gestiegenen Preise dämpfen die Konsumlaune der Verbraucher. Angesichts der hohen Strom- und Gaspreise und der Sorge um die Stromrechnungen zum Jahresende stellen viele Verbraucher andere Ausgaben zurück. Angesichts der hohen Inflationserwartungen auch im nächsten Jahr haben die Händler ihre Geschäftserwartungen für die kommenden Monate nochmals deutlich gesenkt. Knapp zwei Drittel der Handelsunternehmen (61 Prozent nach zuvor 42 Prozent) haben negative Erwartungen. Nur sechs Prozent (nach zuvor 13 Prozent) gehen von besseren Geschäften in den kommenden Monaten aus. Der Saldo der Geschäftserwartungen fällt drastisch um 26 Punkte auf einen Tiefstwert von minus 55 Punkte. Wie bereits im Frühsommer schätzen Einzel- und Großhandel aktuell ihre Aussichten etwa gleich schlecht ein. Im Einzelhandel fällt der Saldo um 28 auf minus 56 Punkte, im Großhandel um 25 auf minus 53 Punkte (jeweils Tiefstwerte).

Geschäftserwartungen der Unternehmen – Saldo in Punkten



Saldo aus besser- und schlechter-Bewertungen

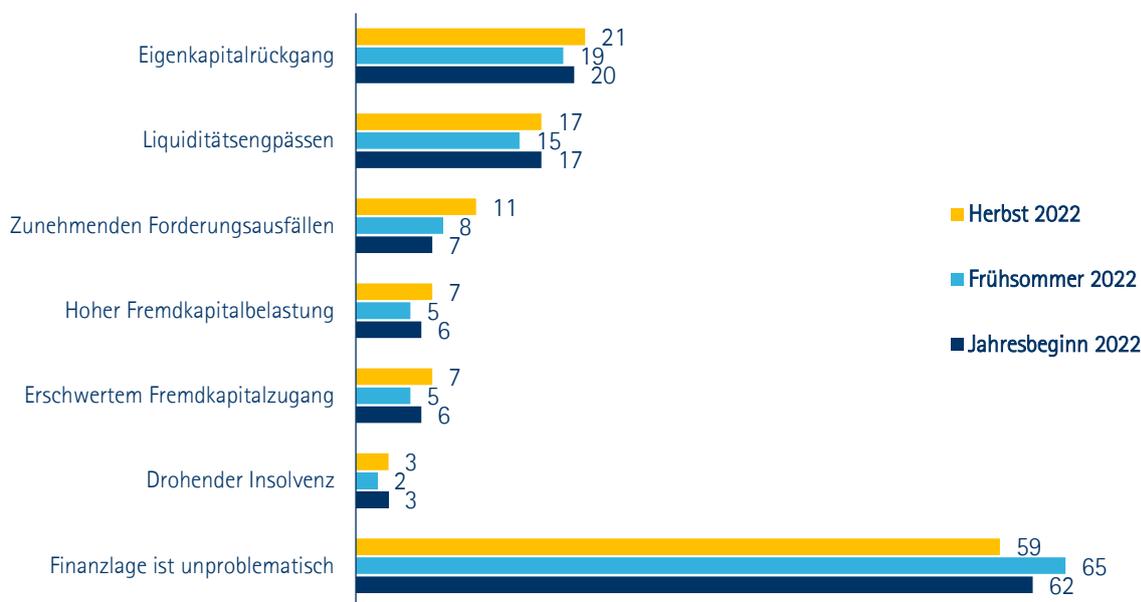
Bei den **Dienstleistern** fällt der Einbruch der Geschäftserwartungen im Vergleich zur Vorumfrage besonders drastisch aus. Die Angst vor einer Konsumzurückhaltung greift um sich. Fast jeder zweite Dienstleister nennt die Inlandsnachfrage als Konjunkturrisiko (47 Prozent nach zuvor 38 Prozent). Die Hälfte der Betriebe blickt pessimistisch in die Zukunft (48 Prozent). Das ist nahezu eine Verdopplung im Vergleich zum Frühsommer (26 Prozent). Die Zahl der Optimisten hat sich hingegen von 23 Prozent auf 9 Prozent mehr als halbiert. Entsprechend bricht der Saldo der Geschäftserwartungen um 36 Punkte auf minus 39 Punkte ein. Das liegt nur geringfügig über dem Tiefststand aus dem Corona-Frühsommer 2020 (Minus 45 Punkte). Besonders die Betriebe im Gastgewerbe hatten nach dem Auslaufen der Coronabeschränkungen mit einer dauerhaften Erholung ihres Geschäfts gerechnet. Angesichts der drückenden Energiepreise, der Furcht vor einer durch die hohe Inflation bedingte Konsumzurückhaltung der Verbraucher sowie der

Sorge vor einem erneuten Corona-Winter lassen die Geschäftserwartungen abstürzen. Der Anteil der Betriebe mit positiven Erwartungen ist von 42 Prozent auf 5 Prozent geschrumpft. Der Anteil der Pessimisten hat sich hingegen von 20 Prozent auf 63 Prozent mehr als verdreifacht. Damit stürzt der Saldo um dramatische 80 Punkte auf ein Allzeittief von minus 60 Punkten ab. Ähnlich drastisch ist die Entwicklung der Geschäftserwartungen bei Reisevermittlern (Saldo von minus 47 nach zuvor 18 Punkten) und Unternehmen aus dem Bereich Kunst, Unterhaltung und Erholung (Saldo von minus 45 nach zuvor zehn Punkten). Die unternehmensnahen Dienstleister blicken ebenfalls überwiegend trüben wirtschaftlichen Zeiten entgegen. Sie hängen überwiegend von der wirtschaftlichen Situation ihrer Industriekunden ab. Die schlechten Aussichten und Kürzungen bei den Investitionsplänen der Industrie ziehen auch die Geschäftserwartungen der unternehmensnahen Dienstleister deutlich nach unten. Sie sinken um 24 Punkte auf einen Saldo von minus 26 Punkten. Auch im Bereich Verkehr und Lagerei setzt sich die Verschlechterung der Geschäftserwartungen fort. Die hohen Energiepreise bleiben drückend. Gleichzeitig nehmen auch die Sorgen vor steigenden Arbeitskosten und Fachkräftemangel auf hohem Niveau zu. Hinzu kommt nunmehr auch angesichts der konjunkturellen Lage die Sorge vor einer schwächelnden inländischen Nachfrage. Das lässt den Saldo im Bereich Verkehr und Lager weiter von minus 26 auf minus 49 Punkte sinken. Das ist nahe am Allzeittief zu Jahresbeginn 2009 während der Finanzmarktkrise (minus 54 Punkte).

Aktuelle Finanzierungssituation der Unternehmen

Steigender Kostendruck in der gesamten Wertschöpfungskette vor allem durch die Energiepreise, die nur teilweise durch Preisanpassungen weitergegeben werden können, lasten schwer auf der Finanzlage der Unternehmen. Zwei Fünftel der Gesamtheit der Unternehmen (41 Prozent) beschreiben ihre Finanzierungssituation als problematisch. Im Frühsommer waren es noch 35 Prozent. Die größte Schwierigkeit, vor denen die Unternehmen stehen, ist der Eigenkapitalrückgang (21 Prozent nach zuvor 19 Prozent). Der weiterhin bedeutende Teil an Unternehmen, die von Liquiditätsengpässen berichten (17 Prozent nach zuvor 15 Prozent) ist den kräftig steigenden Preisen vor allem für Energie, aber auch für Rohstoffe, Vorprodukte und Logistikleistungen geschuldet. Im Vergleich zum Frühsommer hat auch der Anteil der Unternehmen zugenommen, die sich Forderungsausfällen gegenübersehen (elf Prozent nach zuvor acht Prozent). Als Konsequenz der finanziellen Herausforderungen sehen sich etwas mehr Unternehmen als im Frühsommer 2022 von einer Insolvenz bedroht: Über die Breite der Wirtschaft sind es drei Prozent der Betriebe. Dazu kommt, dass sich viele Unternehmen bereits zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie stärker verschuldet hatten. Dies zusammen mit verschärften Kreditvergaberichtlinien der Banken und steigenden Zinsen führt dazu, dass sich auch der Anteil der Unternehmen, deren Fremdkapitalzugang schwieriger geworden ist (sieben Prozent nach zuvor fünf Prozent) ebenso erhöht hat wie die stärkere Belastung durch Zinszahlungen (sieben Prozent nach zuvor fünf Prozent).

Die aktuelle Finanzlage der Unternehmen ist geprägt von ...



Anteil in %, Mehrfachnennung möglich

Dabei gilt: Je kleiner das Unternehmen, desto kritischer stellt sich die Finanzlage dar. Über Finanzierungsprobleme berichten 46 Prozent der kleinen Unternehmen mit bis zu 19 Beschäftigten im Vergleich zu 26 Prozent der Großunternehmen ab 1.000 Beschäftigten. Für die kleinen Unternehmen stellen vor allem der Eigenkapitalrückgang (26 Prozent) und Liquiditätsengpässe (19 Prozent) eine Herausforderung dar. Durch die stark gestiegenen Energiepreise, die den größeren industriellen Mittelstand und die Großunternehmen gleichermaßen hart treffen, sind hier die größten Verschlechterungen in der Finanzierungssituation zu konstatieren: Das gilt sowohl für Liquiditätsengpässe als auch für den Rückgang von Eigenkapital. Auffällig ist die Veränderung bei einer drohenden Insolvenz: Im Frühsommer 2022 sahen sich null Prozent der mittelständischen Unternehmen zwischen 200 und 499 Beschäftigten einer drohenden Insolvenz gegenüber. Nun sind es zwei Prozent der Betriebe dieser Größenklasse.

Die aktuelle Finanzlage der Unternehmen ist geprägt von ...

Auswertung nach Unternehmensgrößenklasse, Angaben in Prozent, Mehrfachnennung möglich

	1-19 Beschäftigte	20-199 Beschäftigte	200-999 Beschäftigte	ab 1000 Beschäftigte	alle Klassen
Eigenkapitalrückgang	26	19	11	11	21
Liquiditätsengpässe	19	16	11	8	17
Zunehmende Forderungsausfälle	12	12	10	11	11
Erschwerter Fremdkapitalzugang	7	7	7	6	7
Hohe Fremdkapitalbelastung	6	7	8	8	7
Drohende Insolvenz	4	2	2	2	3
Unsere Finanzlage ist unproblematisch	54	61	70	74	59

Ein **Blick in die Wirtschaftszweige** zeigt, dass sich die Finanzlage in allen vier Sektoren im Vergleich zum Frühsommer 2022 verschlechtert hat. Besonders betroffen sind der Bau (Verschlechterung um neun Prozentpunkte), der Handel (acht Prozentpunkte) und die Industrie (Verschlechterung um acht Prozentpunkte). Auch beim weniger energieintensiven Dienstleistungsgewerbe nimmt die Zahl der Unternehmen, die von einer problematischen Finanzlage berichten, hingegen nur um drei Prozentpunkte zu.

Unter den überwiegend kleinen und mittelgroßen **Dienstleister**, die am längsten mit den wirtschaftlichen Einschränkungen der Corona-Pandemie zurechtkommen mussten, bleibt die Finanzlage dennoch insgesamt kritischer. Nunmehr berichten 41 nach zuvor 38 Prozent der Dienstleistungsunternehmen von einer problematischen Finanzlage. Für die Krisenüberwindung haben die Unternehmen viel Eigenkapital eingesetzt und auch Kredite aufgenommen. Dementsprechend bereitet der Eigenkapitalrückgang (23 Prozent) und die hohe Fremdkapitalbelastung (sechs Prozent) den Unternehmen Sorgen. Dazu kommen bei 16 Prozent der Betriebe auch Liquiditätsengpässe.

Die **Baubranche** sieht sich immensen Kostensteigerungen bei Energie und Rohstoffen, steigenden Bauzinsen auf Seiten der Kunden und zunehmend Stornierungen von Bauprojekten gegenüber. Dementsprechend schätzt mehr als ein Drittel der Bauunternehmen seine Finanzlage als problematisch ein (37 Prozent nach zuvor 28 Prozent). Betroffen ist dabei auch das Ausbaugewerbe. Hier berichten 39 Prozent von einer schwierigen Finanzlage (nach zuvor 27 Prozent). Besonders gestiegen sind die Forderungsausfälle (15 Prozent nach zuvor neun Prozent). Zunehmend Sorgen bereiten den Unternehmen des Ausbaugewerbes aber auch schwindendes Eigenkapital (18 Prozent nach zuvor 15 Prozent) und Liquiditätsengpässe (17 Prozent nach zuvor 12 Prozent). Auch über einen erschwerten Zugang zu Fremdkapital und eine hohe Fremdkapitalbelastung berichten mehr Bauunternehmen als noch zu Jahresanfang. Als Konsequenz geben drei Prozent der Unternehmen des Ausbaugewerbes an, von einer Insolvenz bedroht zu sein – noch im Frühsommer lag der Wert lediglich bei einem Prozent.

Die aktuelle Finanzlage der Unternehmen ist geprägt von ...

Auswertung nach Branche, Angaben in Prozent, Mehrfachnennung möglich

	Industrie	Bau	Handel	Dienstleister	alle Branchen
Eigenkapitalrückgang	17	19	23	23	21
Liquiditätsengpässe	18	16	17	16	17
Zunehmende Forderungsausfälle	10	12	13	11	11
Erschwerter Fremdkapitalzugang	7	7	6	7	7
Hohe Fremdkapitalbelastung	8	5	6	6	7
Drohende Insolvenz	3	2	3	4	3
Unsere Finanzlage ist unproblematisch	61	63	57	59	59

Konnte sich die **Industrie** in der Corona-Pandemie besser als andere Branchen gegen eine schwierige Finanzlage immunisieren, treffen die Kostensteigerungen nun auch diese Branche in voller Härte. So sehen sich 39 Prozent der Indust-

riebetriebe einer schwierigen Finanzlage gegenüber; im Frühsommer 2022 waren es nur 31 Prozent. Die Schwierigkeiten zeigen sich in allen Kategorien: jeweils um drei Prozentpunkte hat der Anteil der Unternehmen zugenommen, die von Liquiditätsengpässen (18 Prozent), einem Eigenkapitalrückgang (17 Prozent) und vermehrten Forderungsausfällen (10 Prozent) berichten. Auch in der Industrie schlägt diese stärkere Betroffenheit bei drohenden Insolvenzen durch: Während im Frühsommer nur eines von Hundert Unternehmen diese Sorge hatte, sind es mittlerweile 3 von Hundert Betrieben.

Doch in der **Industrie** ist das Bild nach Branchen sehr unterschiedlich. Steigende Energiekosten und sich kräftig erhöhende Preise von Rohstoffen und Vorprodukten führen in einzelnen Industriebranchen zu erheblichen Belastungen. Die Differenz zwischen teurer werdender Produktion und fehlenden oder unvollständigen Möglichkeiten, die gestiegenen Preise in der Wertschöpfungskette weiterzugeben, belastet die Bilanzen. Dazu kommen aber auch strukturelle Faktoren wie die Transformation ganzer Wertschöpfungsketten. Diese schwierige Gemengelage trifft vor allem die Fahrzeugindustrie. Ihre Finanzlage ist deutlich kritischer als die anderer Industriebranchen. Fast die Hälfte (47 Prozent) der Unternehmen aus dem Fahrzeugbau berichtet mittlerweile von einer problematischen Finanzlage. Im Frühsommer 2022 waren es noch 37 Prozent. Hier belasten nicht nur die akut hohen Preise für Energie und Vorleistungen, sondern auch die mittel- und langfristigen Kosten des Strukturwandels, den die Branche durchläuft. Daher ist der Anteil der Fahrzeugbauer, die vor Liquiditätsengpässen stehen, mit 27 Prozent so hoch ist wie in kaum einer anderen Industriebranche. Dazu kommt die stark angestiegene Fremdkapitalbelastung im Fahrzeugbau (elf Prozent nach fünf Prozent im Frühsommer). Drei von Hundert Unternehmen sehen sich in dieser industriellen Kernbranche von Insolvenz bedroht. Unter den Fahrzeugbauern trifft es dann vor allem die Hersteller von Kfz-Teilen und Zubehör: 32 Prozent berichten über Liquiditätsengpässe und 19 Prozent von schwindendem Eigenkapital.

Aufgrund ihrer hohen Energieintensität der Produktion und damit stark steigenden Kosten hat sich aber auch in anderen Industriebranchen vor allem die Liquiditätssituation verschlechtert: Das gilt für die Metallerzeugung und -bearbeitung (25 nach zuvor 18 Prozent) genauso wie für die Hersteller elektrischer Ausrüstungen (20 nach zuvor 14 Prozent). Viele Ge- und Verbrauchsgüterproduzenten berichten von einem Eigenkapitalrückgang. Fast ein Drittel der Unternehmen des Textil-, Bekleidungs- und Ledergewerbes hat mit einer abnehmenden Eigenkapitalausstattung zu kämpfen. Bei der Getränkeindustrie ist es vor allem die hohe Fremdkapitalbelastung, die 15 Prozent der Unternehmen Sorge bereitet.

Durch die immensen Steigerungen der Preise für Energieprodukte in den letzten Monaten hat sich besonders schnell und deutlich die finanzielle Lage der **Energieversorger** verschlechtert. Und dass, obwohl diese Unternehmen im Gegensatz zu anderen Branchen weit überdurchschnittlich ihre gestiegenen Kosten an die Kunden weitergeben können; allerdings nicht in der Geschwindigkeit, die anscheinend nötig wäre, um die finanzielle Ausstattung nicht zu belasten. Für 55 Prozent der Unternehmen ist die Finanzlage bereits problematisch; allein 39 Prozent sehen sich bereits Forderungsausfällen ihrer Kunden gegenüber. Ein Fünftel der Energieversorger berichtet von einem erschwerten Fremdkapitalzugang. Als Folge ist der Anteil derjenigen, die von Liquiditätsengpässen berichten, deutlich auf 23 Prozent nach zuvor acht Prozent gestiegen! Eine drohende Insolvenz, vor der sich fünf Prozent der Versorger sehen, hätte gravierende Folgen in der Gesamtwirtschaft.

Im **Handel** ist der Anteil der Unternehmen mit Schwierigkeiten bei der Finanzierung gegenüber dem Frühsommer 2022 um acht Prozentpunkte auf 43 Prozent gestiegen. Steigende Einkaufspreise und Kosten für Energie und Logistik auf der einen Seite sowie Arbeitskosten auf der anderen Seite in Verbindung mit einer beschränkten sowie zeitlich verzögerten Weitergabe der Mehrkosten an die Kunden hinterlassen ihre Spuren in den Bilanzen. Das gilt vor allem für den Einzelhandel, der eine sinkende Konsumlaune der Verbraucher fürchten muss und nur unterdurchschnittlich seine aufgrund der hohen Großhandels- und Energiepreise gestiegenen Kosten an die Kunden weiterreichen kann: Nur jedem zweiten Einzelhändler gelingt dies, verglichen mit 59 Prozent bei der Gesamtheit der befragten Unternehmen. Demzufolge drücken die Einzelhändler vor allem Liquiditätsengpässe und der Rückgang des Eigenkapitals. In der Konsequenz geben vier von Hundert Einzelhändlern an, von einer Insolvenz bedroht zu sein. Im Frühsommer waren es nur zwei von Hundert Betrieben. Im Großhandel sieht die Finanzlage etwas besser aus, wenngleich auch hier 37 Prozent der Unternehmen über eine problematische Finanzlage berichten.

Geschäftsrisiken der Unternehmen für die kommenden 12 Monate

Der Krieg in der Ukraine, die immens gestiegenen Energie- und Rohstoffpreise und die wachsende Unsicherheit über die Entwicklungen der kommenden Monate dominieren die Risikobewertung der Unternehmen. Das Risiko steigender **Energie- und Rohstoffpreise** – schon in der Vorumfrage auf dem bis dahin höchsten gemessenen Stand – klettert erneut auf einen Höchstwert (82 nach zuvor 78 Prozent). Diese Einschätzung zieht sich durch alle Branchen. Nochmals deutlich stärker ist die Industrie betroffen (93 Prozent). Die energie- und rohstoffintensiven Vorleistungsgüterhersteller (95 Prozent) spüren die Kostenbelastungen bei Gas, Öl und Strom. Nicht nur steigende Kosten für Energie, sondern auch Lieferprobleme bei Metallen verdunkeln die Geschäftsaussichten. Auch nahezu allen Bauunternehmen machen Preissteigerungen zu schaffen, hier belasten neben der Energie insbesondere zunehmende Engpässe bei Stahl und Bitumen die Erwartungen. Die Energie- und Rohstoffpreise werden auch von den Handels- und Dienstleistungsunternehmen an erster Stelle bei den Risiken genannt (85 nach zuvor 82 Prozent bzw. 74 nach zuvor 68 Prozent). Bei den Dienstleistern fürchten besonders Unternehmen aus der Beherbergung (94 Prozent) und der Gastronomie (94 Prozent) sowie die an Kraftstoffen und Heizungsenergie intensiven Betriebe aus dem Verkehr und Lagerei (90 Prozent) die hohen Energiekosten. Bei den überwiegend unternehmensbezogenen Dienstleistern nimmt die Belastung ebenfalls zu (61 nach zuvor 54 Prozent).

TOP-Geschäftsrisiken nach Sektoren

Anteil der Nennungen in Prozent; Mehrfachnennungen möglich, **Allzeithoch**

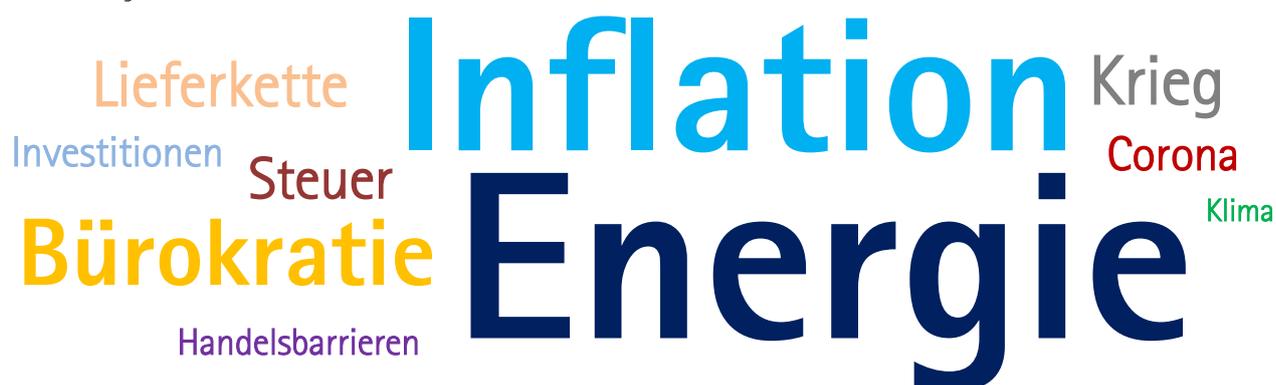
	Industrie	Bau	Handel	Dienstleistungen
1.	93% Energie- und Rohstoffpreise	90% Energie- und Rohstoffpreise	85% Energie- und Rohstoffpreise	74% Energie- und Rohstoffpreise
2.	56% Inlandsnachfrage	70% Fachkräftemangel	65% Inlandsnachfrage	58% Fachkräftemangel
3.	54% Fachkräftemangel	54% Arbeitskosten	49% Arbeitskosten	50% Arbeitskosten
4.	51% Arbeitskosten	53% Inlandsnachfrage	48% Fachkräftemangel	47% Wirtschaftspolitik
5.	45% Wirtschaftspolitik	44% Wirtschaftspolitik	46% Wirtschaftspolitik	47% Inlandsnachfrage

Ebenfalls auf ein neues Allzeithoch gestiegen ist das Risiko **Arbeitskosten**, es wird von der Hälfte der Unternehmen (51 Prozent nach 46 Prozent im Frühsommer) genannt. Hier sind es vor allem Dienstleistungsunternehmen mit eher unterdurchschnittlichen Lohnniveaus und einem hohen Arbeitskräftebedarf, die die Arbeitskosten als Risiko benennen. Hier schlägt sich die Erhöhung des Mindestlohns nieder – etwa in der Sicherheitswirtschaft (77 Prozent), bei den Reinigungsdiensten (78 Prozent) und gesundheits- und soziale Diensten (62 Prozent). Fachkräftemangel und steigende Entgelte durch Inflationsausgleich lassen das Risiko der Arbeitskosten aber auch in den anderen Wirtschaftszweigen virulenter werden. Im Baugewerbe (54 nach zuvor 50 Prozent) und der Industrie (51 nach zuvor 43 Prozent) macht die Risikobewertung der Unternehmen einen kräftigen Sprung nach oben. Und auch im Handel schätzen mittlerweile 49 Prozent der Unternehmen das Risiko steigender Arbeitskosten als gewichtig ein.

Der **Fachkräftemangel** wird unverändert von 56 Prozent der Unternehmen als Geschäftsrisiko genannt. Trotz rückläufigen Beschäftigungsabsichten bleibt der Fachkräftemangel auch im konjunkturellen Abschwung das zweitgrößte Geschäftsrisiko. Gerade angesichts der demografischen Entwicklung wird das Thema Fachkräfte eine der wesentlichen strukturellen Herausforderungen für die Unternehmen in Zukunft bleiben. Vor allem dem Baugewerbe (70 Prozent) und den Dienstleistungsbereichen mit einer besonders dünnen Personaldecke wie der Sicherheitswirtschaft (73 Prozent) oder den Unternehmen im Bereich Verkehr und Lagerei (72 Prozent) macht die Personalnot zu schaffen. Bei den bereits stärker vom demographisch verursachten Fachkräftemangel betroffenen Industrieunternehmen wie den Investitionsgüterproduzenten hat das Risiko Fachkräftemangel deutlich zugelegt. So sehen sich Betriebe des Maschinenbaus (63 nach zuvor 53 Prozent) und des Fahrzeugbaus (63 nach zuvor 52 Prozent) einem deutlich gestiegenen Risiko gegenüber. Im Handel (48 Prozent) ist der Fachkräftemangel hingegen nur noch auf Platz vier der Risiken für die Geschäftserwartung der kommenden Monate.

Die geopolitische Lage, die Inflationsentwicklung und die weltweite konjunkturellen Entwicklung lassen die konjunkturellen Risiken nach oben schnellen. Mehr als der Hälfte aller Unternehmen (52 Prozent) bereitet die **Inlandsnachfrage** wieder Sorgen (nach zuvor 41 Prozent). Das spiegelt sich auch in den stark rückläufigen Geschäftserwartungen der einzelnen Branchen wider. Insbesondere der Handel befürchtet weniger Umsatz im Inland (65 Prozent nach 53 Prozent). Angesichts von zunehmenden Stornierungen von Bauprojekten durch stark steigende Baukosten und Bauzinsen verdüstert sich vor allem der Blick der Baubranche auf die Entwicklung der Inlandsnachfrage in den kommenden Monaten (53 nach zuvor 37 Prozent). Ähnlich gravierend ist auch die Bewertung in die Industrie. Hier sehen mittlerweile auch 56 nach zuvor 40 Prozent der Unternehmen in einer rückläufigen Inlandsnachfrage ein Risiko für ihre Geschäftsentwicklung. Besonders deutlich fällt die starke Eintrübung und die hohe Risikobewertung bei klassischen Investitionsgüterherstellern wie dem Werkzeugmaschinenbau aus. Hier wächst bei 61 Prozent der Unternehmen die Sorge einer nachlassenden Inlandsnachfrage. Angesichts der schleppenden weltweiten Konjunktur und der Belastung vieler Auslandsmärkte mit teilweise ebenfalls steigenden Energiekosten sowie hoher Inflation fürchtet über ein Drittel der Industrieunternehmen (37 Prozent) eine rückläufige **Auslandsnachfrage**, was sich auch negativ auf die Exporterwartungen auswirkt. Die Reaktionen der Zentralbanken in wichtigen Währungsräumen und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Wechselkurse der wichtigsten internationalen Leitwährungen lassen auch das Wechselkursrisiko auf ein lange nicht mehr bekanntes Niveau steigen (elf nach zuvor sechs Prozent). Im Vergleich zu vergangenen Umfragen 46 Prozent aller Unternehmen nennen die **Wirtschaftlichen Rahmenbedingungen** als Geschäftsrisiko (nach zuvor 44 Prozent). Insbesondere Energie, Inflation, Bürokratie, Krieg und Lieferkette werden dabei als Risiken genannt.

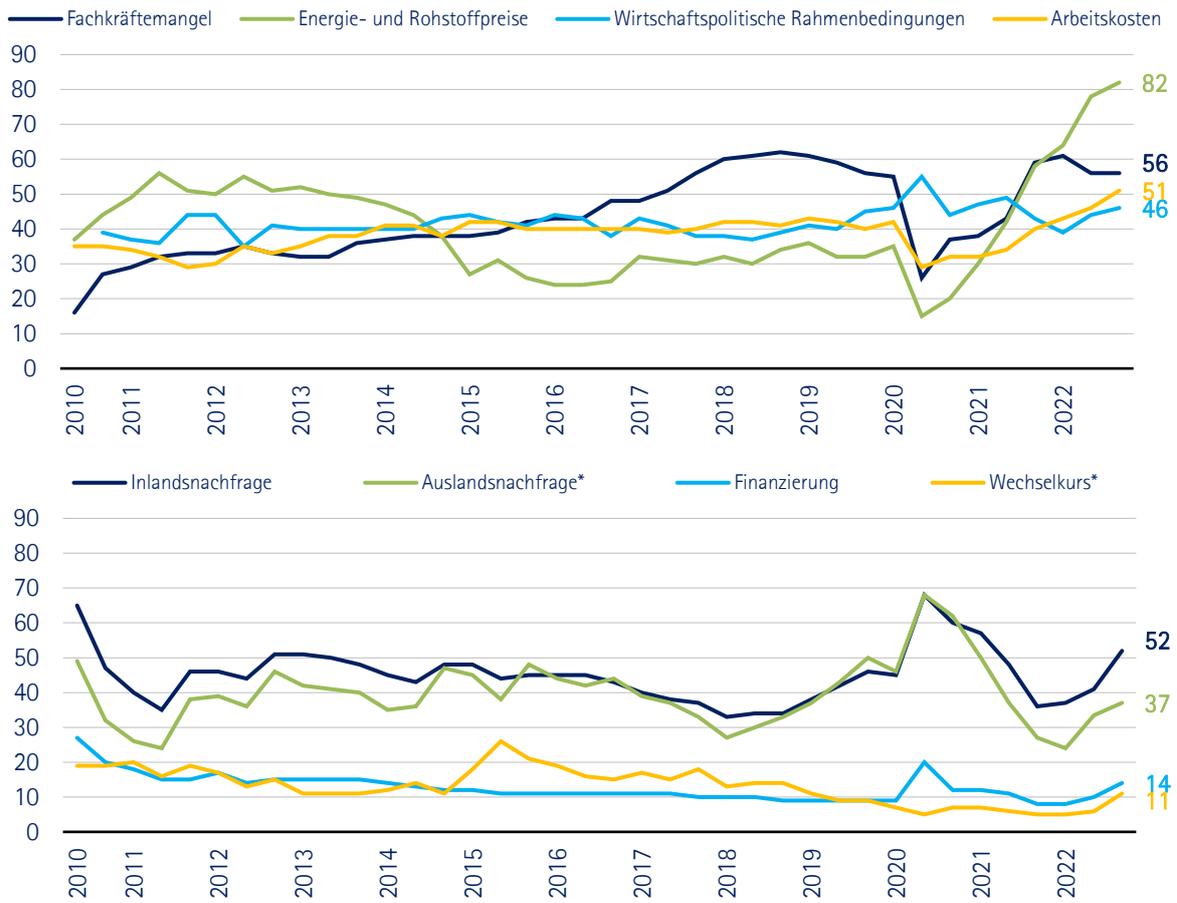
Von den Unternehmen am häufigsten genannte Stichwörter bei der Beschreibung der wirtschaftlichen Risiken
(Auswertung von 5.366 Freitextantworten)



Während in den Vorumfragen der letzten Jahre das Risiko eines erschweren Zugangs zu **Finanzierung** für die Geschäftstätigkeit nur eine untergeordnete Rolle spielte, sehen sich jetzt angesichts von stark steigenden Energiepreisen und einem anziehenden Zinsniveau einige Dienstleistungsbereiche mit besonderen Herausforderungen konfrontiert. Das gilt vor allem für die Unternehmen aus dem Bereich Energieversorgung, von denen nun 37 Prozent nach zuvor 14 Prozent Risiken in der Finanzierung sehen. Aber auch in der Immobilienwirtschaft sorgen sich 37 Prozent (zuvor 25 Prozent) um die Finanzierung ihrer Vorhaben. In der Gesamtwirtschaft fällt die Risikoeinschätzung mit 14 Prozent moderater aus.

Geschäftsrisiken für die Gesamtwirtschaft

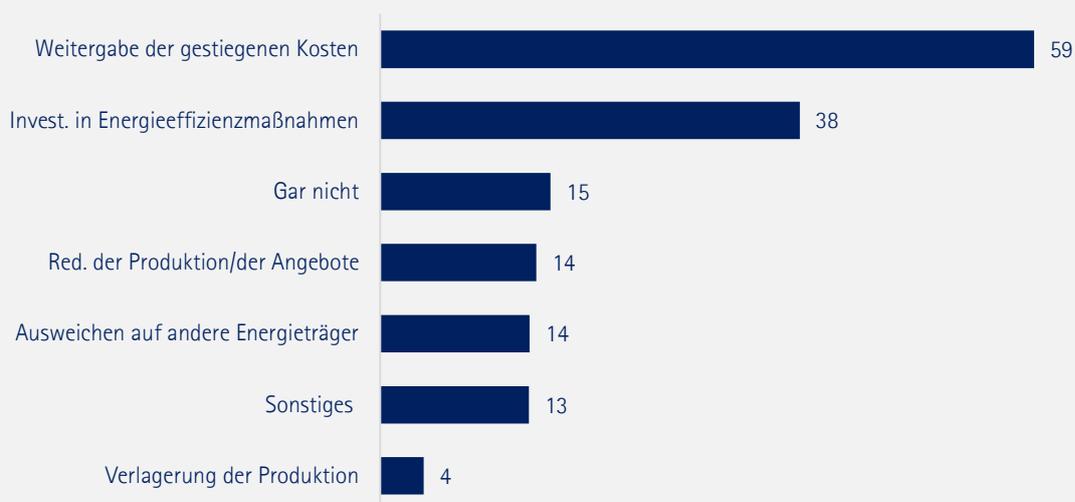
Anteil der Nennungen in Prozent; Mehrfachnennungen möglich; *Export-Industrie



Wie reagieren Unternehmen auf die hohen Strom-, Gas- und Kraftstoffpreise?

Die Erzeugerpreise für Energie sind im September 2022 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 132 Prozent gestiegen. Seit dem Frühsommer 2021 stellen die Energie- und Rohstoffpreise in der Industrie das größte Geschäftsrisiko dar. Die Kostensituation wird dabei immer drückender. Zuletzt gaben 82 Prozent aller Unternehmen und 93 Prozent der Industriebetriebe das als Geschäftsrisiko an. Aus einer Vorabauswertung des jährlichen [DIHK-Energiewendebarometers](#) aus dem Juli 2022 ging hervor, dass sich 16 Prozent der Industrieunternehmen gezwungen sehen, auf die aktuelle Energielage mit einem Zurückfahren der Produktion oder einer zumindest teilweisen Aufgabe von Geschäftsbereichen zu reagieren. Deswegen wurde in der Herbstkonjunkturumfrage in einer Sonderfrage erhoben, wie die Unternehmen auf die gestiegenen Strom-, Gas-, und Kraftstoffpreise reagieren:

Wie reagieren Sie auf die hohen Strom-, Gas- und Kraftstoffpreise? (Mehrfachnennung möglich, in Prozent)



Fast drei von fünf Unternehmen (59 Prozent) wollen ihre **gestiegenen Energiekosten zum Großteil an ihre Kunden weitergeben**. Am häufigsten nennen dies Industrie- und Baubetriebe (73 Prozent und 72 Prozent). Etwas seltener kommt das für Unternehmen aus Handel oder dem Dienstleistungssektor in Frage (58 Prozent und 50 Prozent).

Investitionen in Energieeffizienzmaßnahmen sind für knapp zwei von fünf (38 Prozent) Unternehmen eine Option. In der Industrie nennt jedes zweite Unternehmen dies als Reaktion (50 Prozent). In den anderen Sektoren sind es hingegen nur rund ein Viertel bis ein Drittel (Handel: 37 Prozent; Dienstleistungen: 32 Prozent; Bau 27 Prozent).

Insgesamt weichen 14 Prozent der Unternehmen auf andere Energieträger aus. Das ist überdurchschnittlich häufig in der Industrie der Fall, wo über ein Fünftel (21 Prozent) der Unternehmen **auf andere Energieformen umsteigen** wollen. In den anderen drei Sektoren ist es jeweils genau jedes zehnte Unternehmen.

Mit einer **Reduzierung ihrer Produktion oder ihrer Angebote** reagieren 14 Prozent aller Betriebe. Spitzenreiter der Sektoren ist mit 17 Prozent die Industrie. Dabei drosseln insbesondere die energieintensiven Vorleistungsgüterhersteller ihre Produktion, wie z. B. die Chemische Industrie oder Unternehmen der Glas-, Keramik- und Steinerarbeitung (27 Prozent und 30 Prozent). Jedoch sind auch einzelne Ge- und Verbrauchsgüterhersteller stark betroffen, wie z. B. die Nahrungs- und Futtermittelindustrie (28 Prozent) oder Investitionsgüterhersteller wie die Hersteller von Kfz-Teilen und Zubehör (21 Prozent). Im Handel und bei den Dienstleistern reagieren 14 und 13 Prozent mit der Verringerung der Angebote, dabei sticht besonders das Gastgewerbe hervor (30 Prozent). Im Baugewerbe reduzieren nur zehn Prozent.

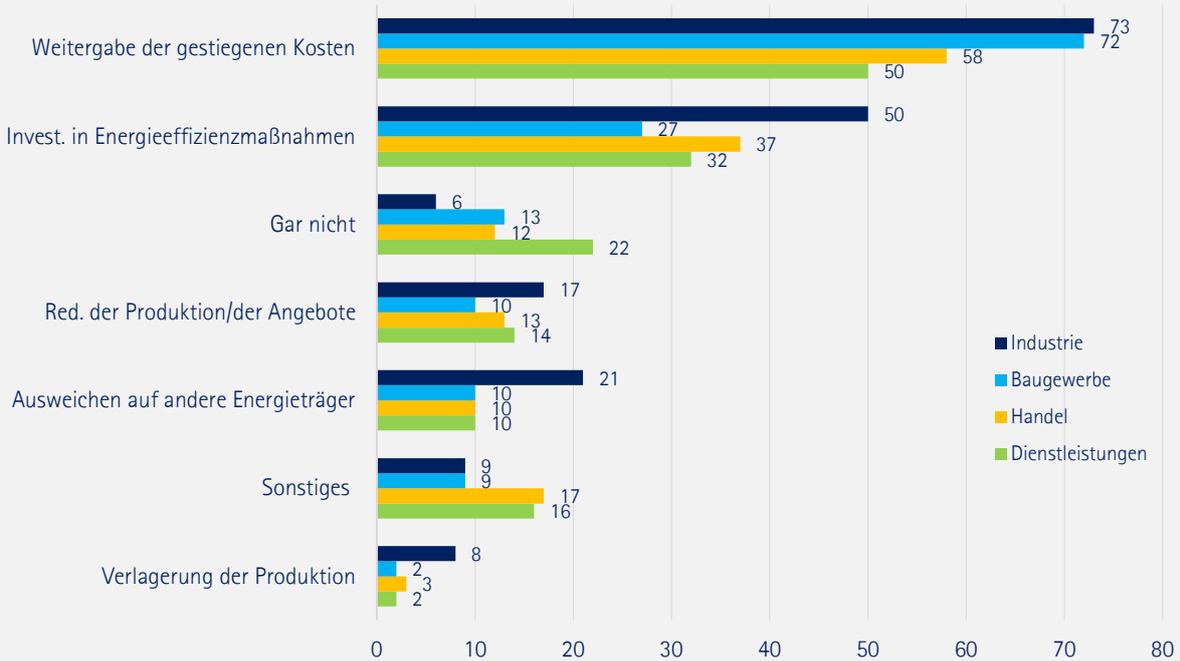
Etwas jedes zwölfte Industrieunternehmen (acht Prozent) will seine **Produktion aufgrund der gestiegenen Kosten verlagern**. Besonders häufig sehen sich Unternehmen aus dem Kraftfahrzeugbau (17 Prozent) dazu gezwungen. In den anderen Sektoren sind es deutlich weniger, da eine Produktionsverlagerung technisch oftmals nicht möglich ist (Handel: drei Prozent, Bau zwei Prozent; Dienstleistungen zwei Prozent).

13 Prozent der Unternehmen reagieren auf **sonstige** Weise auf die gestiegenen Energiekosten. Genannt wurden hier etwa Energiesparmaßnahmen am Arbeitsplatz (z. B. weniger Heizen, Beleuchten), verstärktes mobiles Arbeiten, Reduzierung der Betriebs- / Geschäftszeiten, Einsparungen an anderer Stelle oder gar die Betriebsschließung.

Nur 15 Prozent der Unternehmen geben an, dass sie nicht **von gestiegenen Kosten betroffen** sind oder zumindest **nicht auf die Kostensteigerung reagieren**. Im Dienstleistungssektor ist das bei jedem fünften (22 Prozent) Unternehmen der Fall. Am seltensten nennen das mit sieben Prozent Unternehmen aus der Industrie (Handel: zwölf Prozent; Baugewerbe: 13 Prozent).

Wie reagieren die Unternehmen auf die hohen Strom-, Gas- und Kraftstoffpreise?

(in Prozent, Mehrfachantworten sind möglich)



Exportenerwartungen der Industrieunternehmen für die kommenden 12 Monate

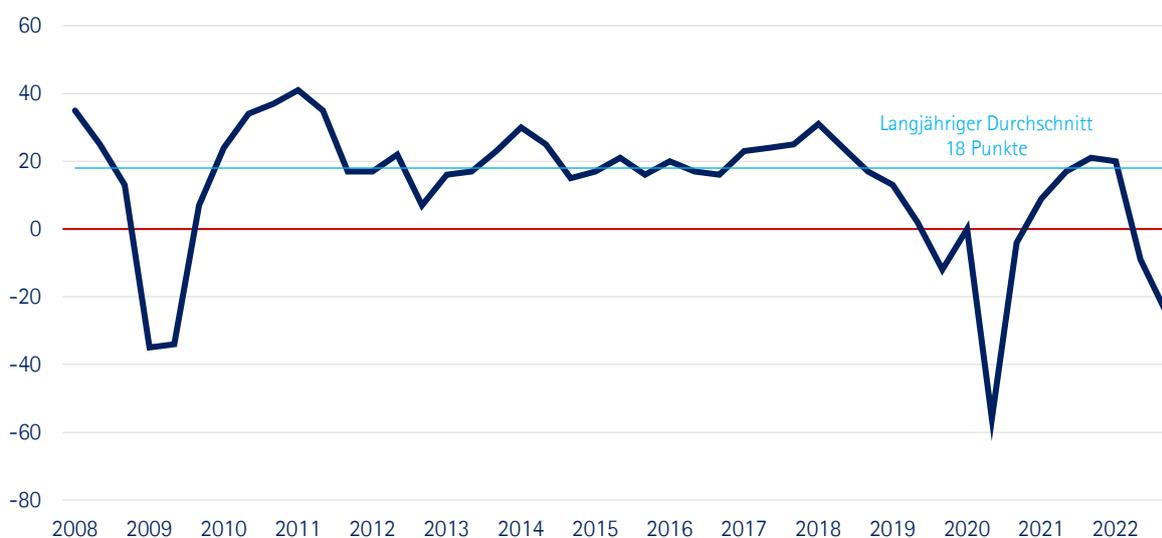
Die Weltkonjunktur trübt sich ein. Eine durch hohe Inflationsraten verminderte Kaufkraft und eine straffere Geldpolitik in wichtigen Absatzmärkten – wie den USA und der Eurozone – sowie noch nicht überwundene Störungen in globalen Lieferketten sorgen für einen weiteren Rückgang der ohnehin schon negativen Exporterwartungen der deutschen Industrieunternehmen. Hinzu kommen hohe Energiepreise, die Unternehmen teils zur Drosselung ihrer Produktion zwingen und zu Unsicherheiten bei der künftigen Energieversorgung führen.

Angesichts der weltwirtschaftlichen Durststrecke sinken die Exporterwartungen zum dritten Mal in Folge. Nur 16 Prozent der Unternehmen rechnen mit steigenden Ausfuhren in den kommenden zwölf Monaten, lediglich ein leichter Rückgang um zwei Prozentpunkte im Vergleich zur Vorumfrage im Frühsommer. Der Anteil der Unternehmen, der von einem Rückgang der Ausfuhren im Laufe der nächsten Monate ausgeht, ist deutlich auf 40 Prozent – nach 29 Prozent im Frühsommer – gestiegen. Der Saldo aus positiven und negativen Exporterwartungen verschlechtert sich im Vergleich zur Vorumfrage nochmals auf nun minus 24 Punkte (nach zuvor minus neun Punkten). Lediglich während der Corona-Pandemie (Saldo minus 56 Punkte) und der Finanzkrise (Saldo minus 35 Punkte) waren die Exporterwartungen noch pessimistischer.

Die geringere Kaufkraft und geringere Investitionsneigung in wichtigen Absatzmärkten der deutschen Exportwirtschaft zeigt sich auch in der Sorge um eine schwächere Auslandsnachfrage: 37 Prozent der Unternehmen (Frühsommer: 34 Prozent) sehen in einer sinkenden Nachfrage nach Produkten „Made in Germany“ ein Geschäftsrisiko.

Zudem steigt das Wechselkursrisiko auf nunmehr elf Prozent (Frühsommer: sechs Prozent). Das Risiko schwankender Wechselkurse wurde zuletzt im Vergleich zu anderen Risiken als weniger dominant eingeschätzt: Der Schnitt der letzten vier Jahre beträgt sieben Prozent. Die restriktive Geldpolitik der Zentralbanken, etwa der US-Notenbank Fed als Reaktion auf die hohen Inflationsraten in den USA hat zu einer starken Aufwertung des US-Dollars gegenüber dem Euro geführt. Der Euro-Kurs fiel zeitweise auf den niedrigsten Stand seit Einführung der Währung im Jahr 2002. Zwar stützt ein niedriger Euroaußenwert die Exporte, weil er die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte im Ausland stützt. Eine hohe Volatilität von Wechselkursen ist allerdings mit Planungsunsicherheiten für die Unternehmen behaftet. Zudem verteuert es die Importe, insbesondere Importe von Energierohstoffen, auf die auch die Exportindustrie angewiesen ist, was letztlich gerade die Energiepreise noch einmal verschärft.

Exportenerwartungen der Industrieunternehmen – Saldo in Punkten



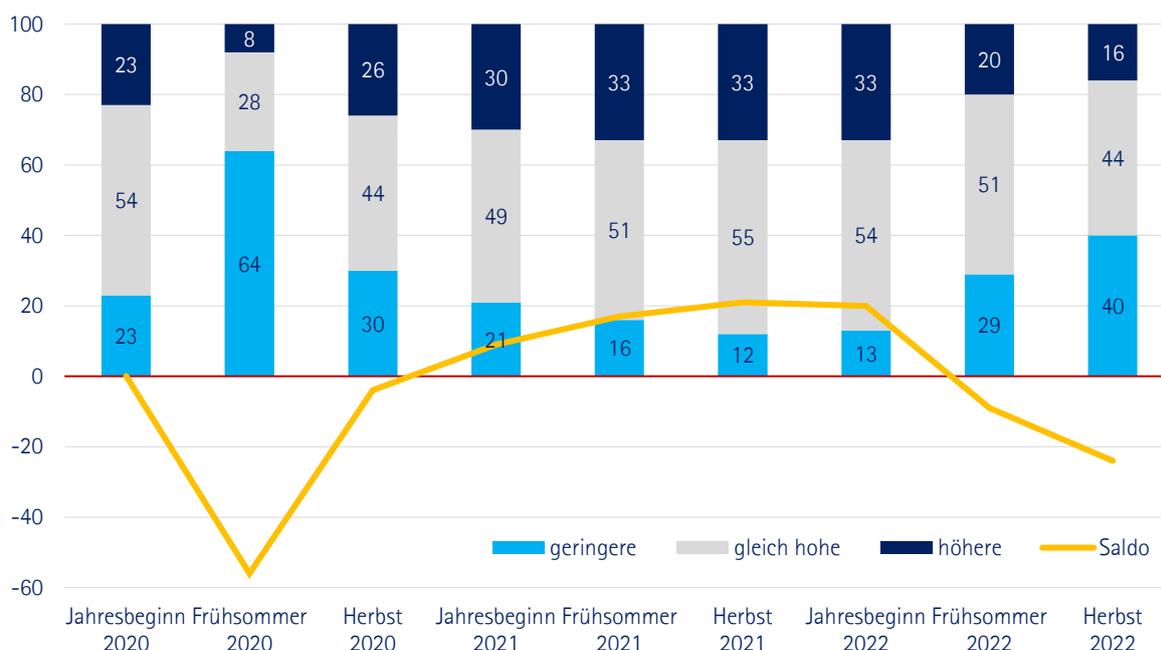
Saldo aus höher-Meldungen minus geringer-Meldungen in Punkten

Unter dem Strich sind die Exporterwartungen in allen industriellen Hauptgruppen negativ. Am pessimistischsten bewerten **Vorleistungsgüterproduzenten** die Entwicklung ihrer Ausfuhren. Die Exporterwartungen liegen unter dem Durchschnitt der Industrie. Lediglich jeder zehnte Betrieb (11 Prozent) erwartet ein Exportplus. Mit 46 Prozent rechnen hingegen mehr als viermal so viele Unternehmen, dass ihre Ausfuhren geringer ausfallen werden (Saldo von minus 35

Punkten nach zuvor minus 14 Punkten). Besonders pessimistisch blicken die Unternehmen der Metallerzeugung und -bearbeitung auf ihr Auslandsgeschäft: Nur neun Prozent erwarten einen Zuwachs, 53 Prozent erwarten eine Verringerung ihrer Exporte. Der Saldo sinkt auf minus 44 Punkte (Frühsommer: -27 Punkte). Auch Gummi- und Kunststoffhersteller (Saldo von minus 38 nach zuvor minus 18 Punkten) sowie Unternehmen der chemischen Industrie (Saldo von minus 29 nach zuvor minus 16 Punkten) drücken ihre Erwartungen für das internationale Geschäft deutlich nach unten. Die energieintensive Grundstoffindustrie steht mit Blick auf die Energiekosten unter einem besonders starken internationalen Wettbewerbsdruck.

Ebenfalls deutlich eingetrübt haben sich die Exporterwartungen der **Investitionsgüterproduzenten**: 23 Prozent mit positiven Erwartungen stehen 33 Prozent mit negativen Erwartungen gegenüber (Saldo von minus zehn nach zuvor minus drei Punkten). Sowohl Maschinenbauer (Saldo von minus zwölf nach zuvor minus zwei Punkten) als auch Elektrotechniker (Saldo von minus sechs nach zuvor zwei Punkten) gehen von einem weniger dynamischen Auslandsgeschäft aus. Die Exporterwartungen im Automobilbereich haben sich hingegen aufgehellt, auch wenn der Saldo deutlich im negativen Bereich verharrt. Zwar sorgen getrübt Konjunkturprognosen für Europa und die USA sowie noch nicht überwundenen Engpässe von Vorprodukten für einen überwiegend negativen Blick auf das Auslandsgeschäft der Automobilbranche. Jedoch scheint der chinesische Absatzmarkt sich nach den coronabedingten Lockdowns für den Moment erholt zu haben. So drittelt sich der negative Saldo der Kfz-Teile und -zubehörproduzenten auf minus acht Punkte (Frühsommer: -26 Punkte). Der Saldo aus positiven und negativen Exporterwartungen der Kraftfahrzeugbauer verbessert sich auf minus sieben Punkte (Frühsommer: minus 17 Punkte).

Exportserwartungen der Industrieunternehmen – Anteile in Prozent, Saldo in Punkten

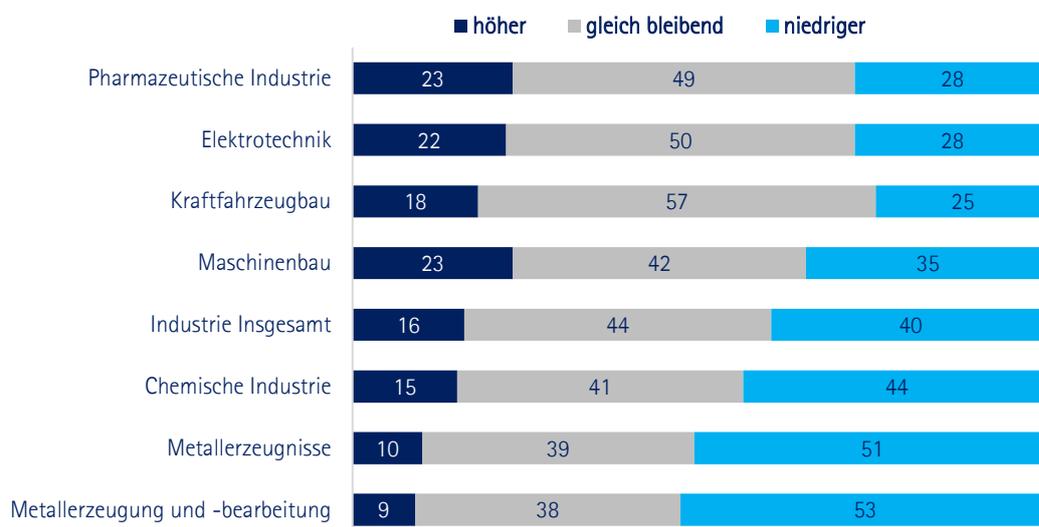


Unter den **Ge- und Verbrauchsgüterproduzenten** haben sich die Exporterwartungen ebenfalls erneut eingetrübt. Unter ihnen rechnen 15 Prozent mit steigenden und 36 Prozent mit sinkenden Ausfuhren in den kommenden zwölf Monaten (Saldo von minus 21 nach zuvor minus neun Punkten). Die Erwartungen der pharmazeutischen Industrie drehen erstmals seit Frühsommer 2020 in den negativen Bereich (Saldo von minus fünf nach zuvor vier Punkten). Unternehmen im Ernährungsgewerbe und der Tabakverarbeitung (Saldo von minus 15 nach zuvor minus fünf Punkten), der Textil-, Bekleidungs- und Lederindustrie (Saldo von minus 37 nach zuvor minus drei Punkten) und der Möbelindustrie (Saldo von minus 31 nach zuvor minus neun Punkten) senken ihre Erwartungen an das Auslandsgeschäft ebenso teilweise deutlich. In diesen Branchen macht sich die gesunkene Konsumlaune in wichtigen Absatzmärkten bemerkbar.

Auch beim Blick in die Unternehmensgrößenklassen zeigt sich, dass sich die Erwartungen an das Auslandsgeschäft in der Breite der deutschen Wirtschaft eintrüben. Mit besonders großen Rückschlägen rechnen kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) bis 19 Mitarbeiter (Saldo von minus 35 nach zuvor minus 20 Punkten) bzw. bis 199 Mitarbeiter (Saldo von minus 32 nach zuvor minus 15 Punkten). Größere Unternehmen senken ihre Exporterwartungen auch, verglichen mit KMU aber weniger stark. Unternehmen mit bis zu 999 Beschäftigten haben überwiegend negative Erwartungen (Saldo von minus 13 nach zuvor minus zwei Punkten), während positive Erwartungen bei Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten noch überwiegen (Saldo vier Punkte nach zuvor 17 Punkten).

Exportserwartungen für die kommenden 12 Monate in ausgewählten Branchen

Anteile in Prozent

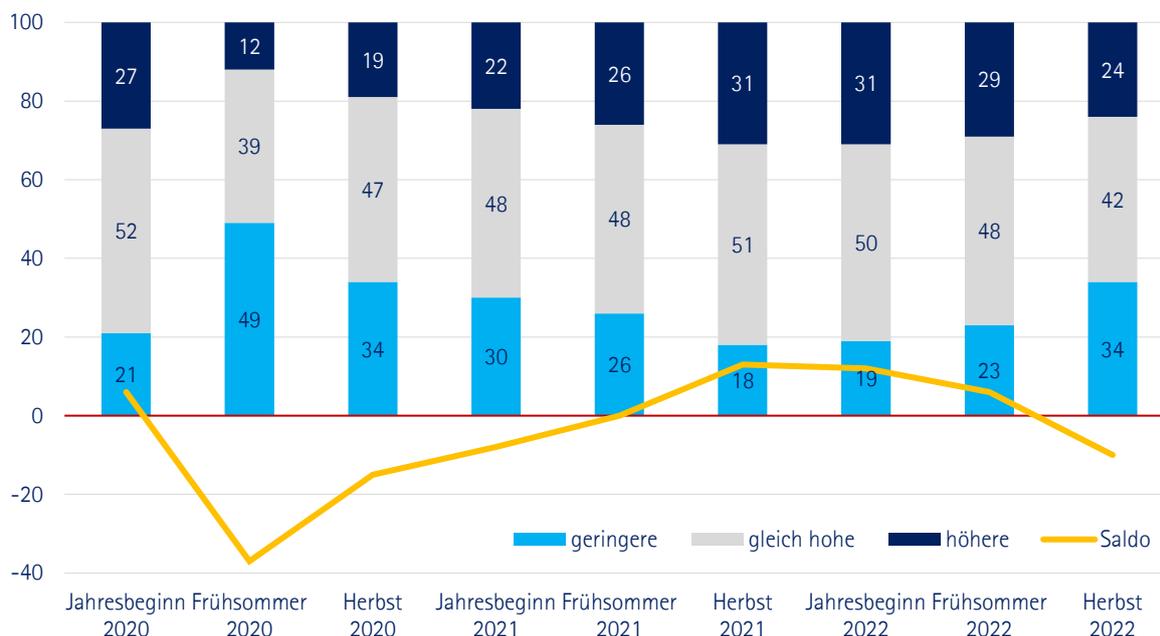


Investitionsabsichten der Unternehmen für die kommenden 12 Monate

Die trüben Geschäftserwartungen drücken deutlich auf die Investitionspläne der Unternehmen. Angesichts der großen Unsicherheit fehlt vielfach eine verlässliche Planungsgrundlage und werden Projekte vorerst auf Eis gelegt. Hinzu kommt, dass viele Unternehmen wegen der hohen Preise für Energie und Rohstoffe und Vorleistungen nach Einsparpotenzialen suchen und dafür auch Investitionsbudgets kürzen oder gar zu dem Schluss gelangen, dass sich bestimmte Investitionsvorhaben betriebswirtschaftlich nicht mehr lohnen. 34 Prozent der Betriebe planen in den nächsten 12 Monaten eine Reduzierung ihrer Investitionsausgaben, 24 Prozent wollen ihr Investitionsbudget aufstocken. Der resultierende Saldo aus positiven und negativen Investitionsabsichten im Inland ist damit auf minus 10 Punkte gesunken. Gegenüber der Vorumfrage ist dies ein Rückgang um 16 Punkte. Das ist besonders dramatisch, denn der Rückstand der Ausrüstungsinvestitionen ist auch im dritten Jahre nach Ausbruch Corona-Pandemie noch immer nicht aufgeholt: Die Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen liegen immer noch sechs Prozentpunkte unter dem Vorkrisenniveau von 2019 (Q4)².

Die schlechte Investitionsstimmung zeigt sich über alle Wirtschaftszweige hinweg. Je trüber die Geschäftserwartungen sind, desto zurückhaltender zeigen sich die Unternehmen bei ihren Investitionsplanungen. Dies spiegelt sich besonders im **Baugewerbe** wider – der Branche mit den pessimistischsten Aussichten. Hier sinkt der bereits im Frühsommer negative Investitionssaldo von minus neun Punkten auf nunmehr minus 28 Punkte. Während die Auftragsbücher derzeit noch gefüllt sind und der Großteil der Bauunternehmen (72 Prozent) die gestiegenen Energiekosten an die Kunden weitergibt, fürchten viele Bauunternehmen in der Zukunft wegbrechende Aufträge – etwa durch einen Rückgang der industrie- bzw. handelsseitigen Nachfrage nach Bauleistungen oder aufgrund der gestiegenen Baukreditzinsen im privaten Bereich. Die Branche stellt ihre eigenen Investitionsprojekte im Inland deshalb zunehmend zurück.

Investitionsabsichten der Unternehmen – Anteile in Prozent, Saldo in Punkten



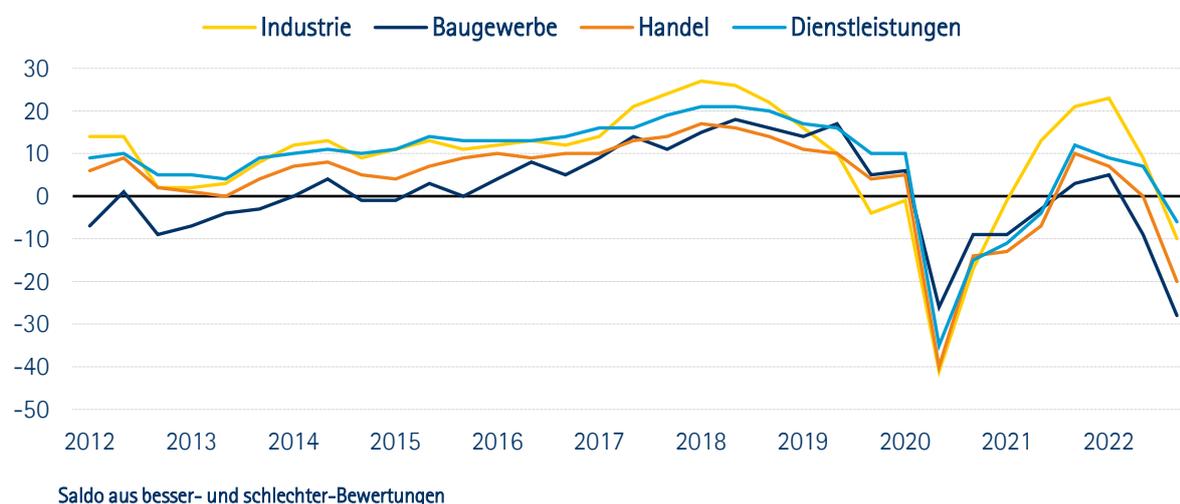
Kräftige Abstriche nehmen auch die **Industrieunternehmen** bei ihren Investitionsplänen vor (Saldo von minus 10 Punkten nach zuvor 9 Punkten). Besonders zurückhaltend sind die **Vorleistungsgüterproduzenten** (Saldo von minus 14 Punkten nach zuvor elf Punkten), die in besonderem Maße von Energie und Rohstoffen abhängig sind und derzeit unter besonders hohem Kostendruck stehen. Bei den **Investitionsgüterproduzenten** (Saldo von minus 5 Punkten nach zuvor 7 Punkten) stellt insbesondere der Maschinenbau seine Investitionen zurück (Saldo von minus 7 Punkten nach zuvor 9 Punkten). Im Gegensatz zu allen anderen Industriezweigen haben sich die Investitionspläne im Kraftfahrzeugbau aufgehellt. Darin spiegelt sich die Notwendigkeit wider, trotz Krise den Transformationsprozess in der Automobilindustrie voranzutreiben und in Elektromobilität zu investieren. Der Saldo ist um 13 auf zwei Punkte gestiegen.

² Quelle: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen August 2022, eigene Berechnung

Die Investitionspläne der **Händler** reflektieren die schlechteren Geschäftsperspektiven und die Konsumzurückhaltung der Verbraucher als Folge der gestiegenen Preise. Der Saldo fällt auf minus 20 Punkte nach zuvor 0 Punkten im Frühsommer. Im **KfZ-Handel** plant fast jedes zweite Unternehmen seine Investitionsausgaben zu drosseln, der Saldo fällt auf minus 24 Punkte (nach zuvor einem Punkt).

Im Vergleich der Wirtschaftszweige sind die **Dienstleistungen** am wenigsten von Investitionsrückgängen betroffen. Aber auch hier überwiegen Unternehmen, die in den kommenden Monaten weniger investieren wollen (31 Prozent) gegenüber den Unternehmen, die eine Ausweitung der Investitionen planen (25 Prozent). Der Saldo der Investitionsabsichten sinkt um 13 auf minus sechs Punkte. Ein Warnsignal ist vor allem, dass die **wissensintensiven Dienstleister**, die für die Zukunftsfähigkeit des Standortes Deutschland eine wichtige Rolle spielen, ihre Investitionen kürzen wollen (Saldo von minus vier nach zuvor zehn Punkten). Hier zeigen sich bereits die Ausstrahleffekte der verschlechterten Aussichten der Industrie. Besonders stark betroffen sind dabei die **Forschungs- und Entwicklungsdienstleister**, bei denen der Investitionssaldo um 15 Punkte auf minus 9 Punkte sinkt. Selbst die sonst expansive Branche der **IT-Dienstleistungen** (minus zwei Punkte nach zuvor 17 Punkten) weist einen negativen Investitionssaldo auf. Dies ist umso kritischer, da ohne Investitionen in Digitalisierung kein nachhaltiger Aufschwung gelingen kann.

Investitionsabsichten der Unternehmen – Saldo in Punkten



Beim Blick in die **Investitionsmotive** macht sich das Bedürfnis der Unternehmen nach Kosteneinsparungen stark bemerkbar: Wo investiert wird, geschieht dies zunehmend zur **Rationalisierung** (33 Prozent nach zuvor 31 Prozent). Vor allem in der Industrie hat das Motiv nochmals an Bedeutung gewonnen: Hier beabsichtigen 42 Prozent (nach zuvor 41 Prozent) der Unternehmen Investitionen in die Rationalisierung ihrer Produktionsprozesse zu tätigen. Dabei spielen insbesondere Maßnahmen zur Einsparung von Energie eine wichtige Rolle. Auf die Frage, wie Unternehmen auf die gestiegenen Energiepreise reagieren, nennen 50 Prozent der Industrieunternehmen Investitionen in Energieeffizienz.

Ersatzbedarf ist das weiterhin am häufigsten genannte Investitionsmotiv (64 Prozent nach zuvor 65 Prozent). Darunter fallen auch Maßnahmen im Rahmen des „Fuel Switches“, welchen 21 Prozent der Industrieunternehmen im Zuge der Energiekrise eingeleitet haben – zum Beispiel ein Wechsel von gasbefeuerten Anlagen auf alternative Energieträger wie Öl und Kohle oder der Ersatz von energieverbrauchenden Geräten durch effizientere Anlagen.

Die Unternehmen bereiten sich tendenziell auf eine Rezession vor. 14 Prozent aller Unternehmen wollen aufgrund der Energiepreise ihre Produktion bzw. ihre Angebote reduzieren. Das Motiv **Kapazitätserweiterung**, also der Auf- und Ausbau von unternehmerischen Standorten in Deutschland, tritt daher weit in den Hintergrund. Während im Frühsommer 2022 noch 25 Prozent der Unternehmen einen Kapazitätsaufbau planten, sind es in diesem Herbst nur noch 22 Prozent. Der Wert liegt damit deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt von 27 Prozent und auf dem Niveau der Finanzmarktkrise. Im Bau wollen nur 15 Prozent in Kapazitätserweiterungen investieren.

Auch **Innovationsprojekte** werden in vielen Unternehmen zunehmend auf Eis gelegt. Nur noch 26 Prozent der Unternehmen geben an, in Produktinnovation investieren zu wollen (nach zuvor 29 Prozent). Zukunftsgerichtete Investitionen zur langfristigen Sicherung der Wettbewerbssituation unterbleiben damit vorerst. In der Industrie ist das Motiv mit 29 Prozent auf dem Tiefpunkt angelangt. Insbesondere in der chemischen Industrie, die ein wichtiger Wachstumsmotor für viele weitere industrielle Branchen ist, nimmt das Motiv an Bedeutung ab. Der Anteil von Unternehmen, die in den kommenden zwölf Monaten in Produktinnovation investieren möchte, geht hier um vier Prozentpunkte auf 33 Prozent zurück. Lediglich der Kraftfahrzeugbau, der nicht nur unter der Energiepreiskrise leidet, sondern auch den Technologiewechsel zur Elektromobilität vollziehen will, möchte seine Investitionen in Produktinnovation deutlich erhöhen (46 Prozent nach zuvor 40 Punkten).

Das Motiv des **Umweltschutzes** für Investitionen hat gegenüber der Vorumfrage mit 29 Prozent leicht an Bedeutung gewonnen. Zwar binden die hohen Energiepreise und die damit verbundene fehlende kalkulations- und Kapitalbasis Investitionen in zusätzliche Umweltschutzmaßnahmen und verhindern somit größere Sprünge bei diesem Investitionsmotiv, jedoch haben Unternehmen an der Notwendigkeit des Umwelt- und Klimaschutzes auch in der aktuellen Lage keine Zweifel. Dies gilt insbesondere in der Industrie, wo die Bedeutung des Umweltschutzes bei 37 Prozent liegt.

Hauptmotive für Investitionen im Inland (in Prozent; Mehrfachantworten sind möglich, in Klammern Wert der Vorumfrage):

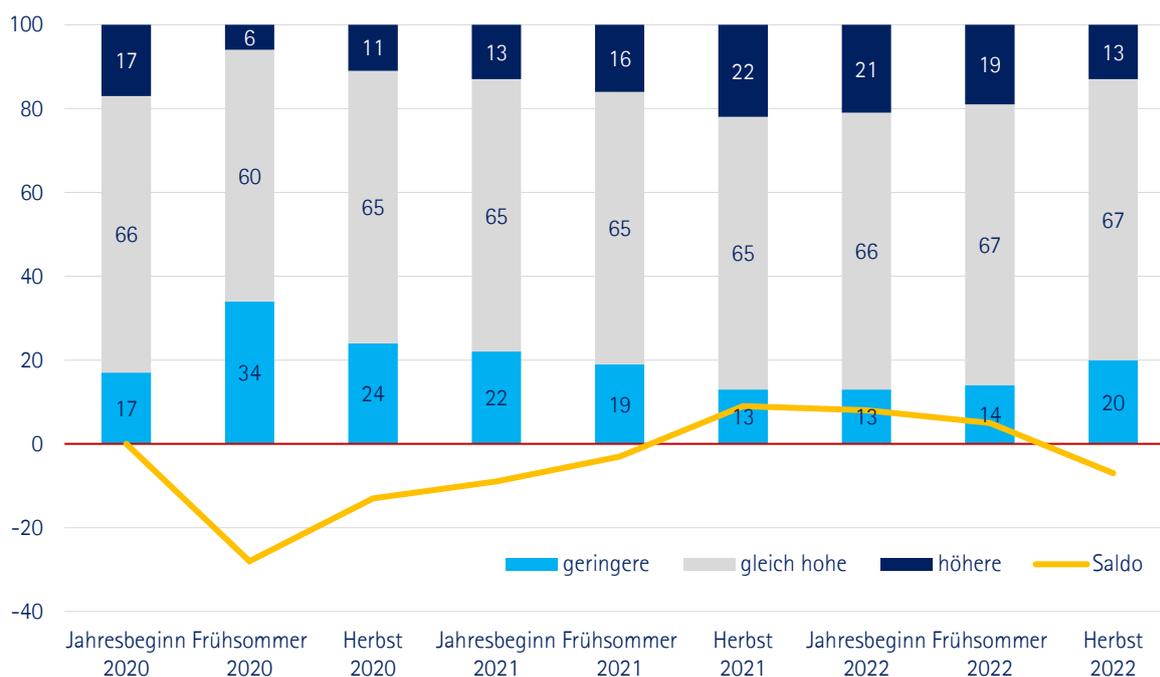
	Rationalisierung	Produktinnovation	Kapazitätsausweitung	Umweltschutz	Ersatzbedarf
Alle Branchen	33 (31)	26 (29)	22 (25)	29 (28)	64 (65)
Industrie	42 (41)	29 (32)	28 (32)	37 (36)	62 (64)
Baugewerbe	25 (23)	17 (20)	15 (19)	24 (25)	78 (79)
Handel	31 (29)	23 (24)	20 (22)	25 (26)	61 (64)
Dienstleistungen	29 (26)	26 (29)	20 (23)	26 (24)	64 (64)

Beschäftigungsabsichten der Unternehmen für die kommenden 12 Monate

Die pessimistischen Geschäftserwartungen schlagen sich auch in den Beschäftigungsplänen der Unternehmen nieder. Immer weniger Unternehmen gehen von einem Personalaufbau in den nächsten zwölf Monaten aus (13 Prozent nach zuvor 19 Prozent). Hingegen muss etwa jedes fünfte Unternehmen (20 Prozent) mit einer geringeren Mitarbeiterzahl in der Zukunft planen – im Frühsommer waren es lediglich 14 Prozent der Unternehmen. Im Ergebnis reduziert sich der Saldo aus positiven und negativen Beschäftigungsabsichten deutlich um 12 Punkte auf jetzt minus sieben Punkte. Anders als im Frühsommer 2022 rutscht der Saldo damit unter den langjährigen Durchschnitt von null Punkten.

Inzwischen sind alle Sektoren der deutschen Wirtschaft verhalten in ihren Beschäftigungsabsichten. Fast flächendeckend gehen die Unternehmen davon aus, ihren Personalbestand in den nächsten zwölf Monaten eher verkleinern zu müssen. In der Industrie rechnen nur 15 Prozent mit mehr, 22 Prozent aber mit weniger Beschäftigten, der Saldo reduziert sich um 15 Punkte auf minus sieben. Im Baugewerbe gehen mit sieben Prozent noch weniger Betriebe von einem Personalaufwuchs aus als in der Industrie, knapp ein Viertel (24 Prozent) rechnet mit weniger Beschäftigten (Rückgang des Saldos um 16 auf minus 17 Punkte). Auch bei Händlern und Dienstleistern stehen die Zeichen auf Verkleinerung des Personalbestandes. Nachdem sich die Personalpläne nach Ende der Pandemieeinschränkungen zuletzt stabilisiert hatten, rutschen die Beschäftigungserwartungen im Saldo nun deutlich ins Negative: Im Handel planen nur acht Prozent expansiv, 22 Prozent sind restriktiv (Saldo von minus 14 Punkten nach zuvor minus zwei Punkten). Im Dienstleistungssektor gehen 14 Prozent der Unternehmen trotz Rezessionsangst von mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus, ein Fünftel (19 Prozent) rechnet mit einer Verkleinerung (Saldo von minus fünf Punkten nach zuvor sieben Punkten).

Beschäftigungsabsichten der Unternehmen – Anteile in Prozent, Saldo in Punkten



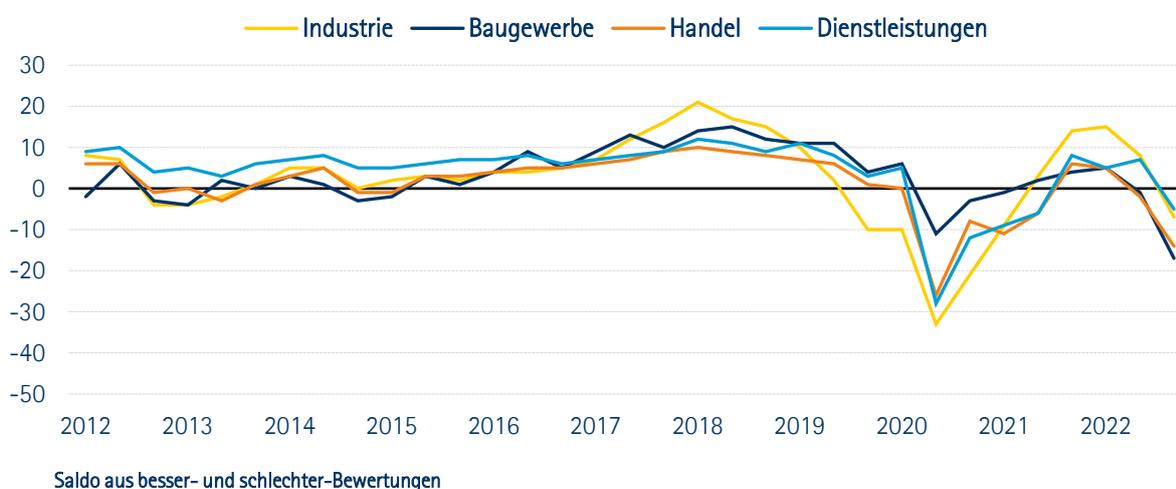
Angesichts der Energiepreiskrise, der schwächelnden Inlandsnachfrage, rückläufigen Exporterwartungen und sinkender Investitionen stehen die Zeichen in der **Industrie** auch bei der Beschäftigung eher auf Zurückhaltung. Besonders die Vorleistungsgüterproduzenten planen mit weniger Personal, da sie ihre langfristige Geschäftsausrichtung bei dauerhaft hohen Energiepreisen neu ausrichten müssen. Der Saldo der Beschäftigungserwartungen sinkt hier um 19 auf minus 12 Punkte. Insbesondere die Gummi- und Kunststoffindustrie (Saldo von minus 22 nach zuvor 4 Punkten), die Betriebe aus der Glas, Keramik und Steineverarbeitung (Saldo von minus 12 nach zuvor acht Punkten) oder der Chemischen Industrie (Saldo von minus 15 nach zuvor 4 Punkten) müssen mit kleineren Belegschaften rechnen. Von einer deutlichen Verkleinerung ihrer Beschäftigtenzahl gehen auch die Ge- und Verbrauchsgüterhersteller aus (Saldo von minus 14 nach zuvor drei Punkten). Besonders drastisch sind dabei die Beschäftigungsabsichten bei den Möbelherstellern im Saldo um 35 auf minus 24 gesunken. Auffallend sind auch die Entwicklungen in der Pharmaindustrie. Das hohe Niveau bei den Beschäftigungsabsichten aus dem Frühsommer kühlte sich merklich ab, der Saldo blieb jedoch noch im positiven Bereich (2 nach zuvor 26 Punkten).

Etwas weniger stark brechen die Beschäftigungserwartungen der Investitionsgüterhersteller ein. Hier sind sowohl die Geschäftslage und Investitionsabsichten als auch die Geschäfts- und Exporterwartungen etwas besser als im Durchschnitt der Industrie. Das spiegelt sich auch in den Beschäftigungsplänen wider. Expansive und restriktive Unternehmen halten sich hier beinahe in der Waage (Saldo von zwei Punkten nach zuvor zehn Punkten). Trotz Eintrübung gibt es nach wie vor deutlich positive Aussichten bei den Herstellenden von Datenverarbeitungsgeräten (Saldo von 13 nach zuvor 21 Punkten) oder elektrischer Ausrüstung (Saldo von acht nach zuvor 19 Punkten). Im Kraftfahrzeugbau hingegen stehen die Zeichen wie in der Vorumfrage deutlich auf Personalabbau (Saldo konstant bei minus 19 Punkten).

Die Sorge vor wegbrechenden Aufträgen drückt auch die Beschäftigungserwartungen im **Baugewerbe**. Trotz des aktuell großen Bedarfs an energetischer Sanierung von Gebäuden und eines weiterhin hohen Fachkräftemangels im Bau setzt sich der seit Jahresbeginn beobachtbare Abwärtstrend bei den Beschäftigungsplänen fort. Im Hochbau sinkt der Saldo der Beschäftigungsabsichten um 15 auf minus 18 Punkte, im Tiefbau um elf auf minus zwölf Punkte und im Ausbaugewerbe um 18 auf minus 16 Punkte.

Die pessimistische Beurteilung der Geschäftslage drückt im **Handel** auf die Beschäftigungspläne. 22 Prozent der Händler planen mit weniger Beschäftigten. Dem gegenüber stehen gerade einmal acht Prozent, die mit höherer Beschäftigung rechnen. Der Saldo sinkt um 16 auf minus 14 Punkte. Mit der Inflation steigt auch das Risiko der Inlandsnachfrage im Handel deutlich auf 65 Prozent an und ist nicht mehr weit von einem Allzeithoch entfernt (73 Prozent). Besonders im Einzelhandel sehen sich die Unternehmen im Schnitt mit einer Verringerung der Mitarbeiterzahlen konfrontiert. Nicht nur eine rückläufige Konsumneigung der Verbraucher belastet hier die Personalpläne, auch die Arbeitskosten werden im Einzelhandel als Risiko gesehen (Geschäftsrisiko Arbeitskosten bei 54 Prozent, Allzeithoch). Daher sinkt der Saldo der Beschäftigungserwartungen auf minus 17 Punkte (nach zuvor minus fünf Punkten).

Beschäftigungsabsichten der Unternehmen – Saldo in Punkten

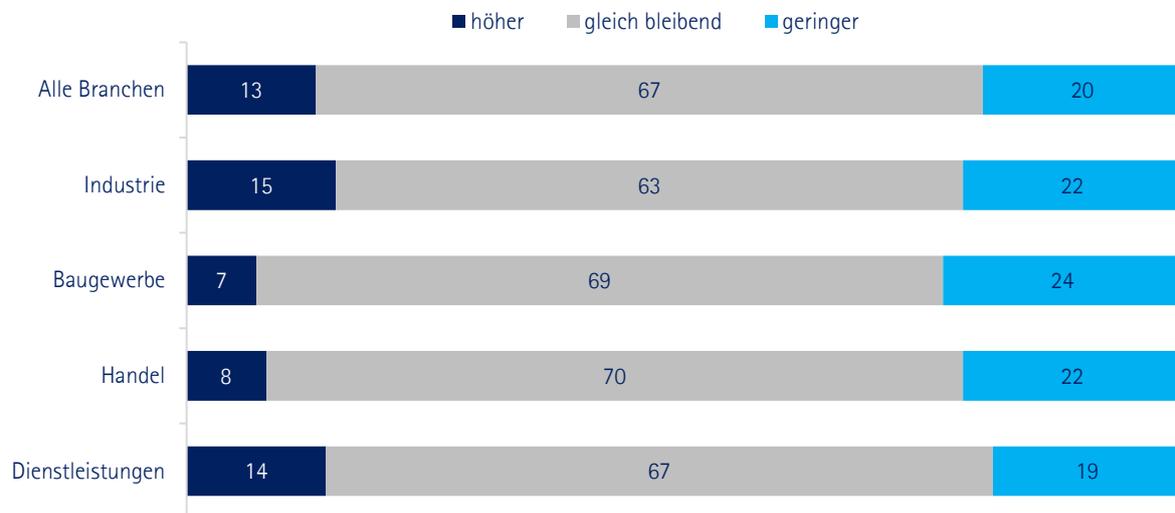


Der Pessimismus bei den Beschäftigungserwartungen macht auch vor dem **Dienstleistungssektor** nicht halt. Allerdings fallen aufgrund der Vielseitigkeit des Sektors die Entwicklungen mitunter sehr unterschiedlich aus. Im konsumnahen und von den Pandemiemaßnahmen stark betroffenen Hotel- und Gaststättengewerbe kommt der Aufbau des Personalbestands wieder zum Erliegen. Verglichen mit dem noch hoffnungsvollen Frühsommer 2022 rechnen in der Gastronomie (Saldo von minus 21 nach zuvor 5 Punkten) und im Beherbergungsgewerbe (Saldo von minus 12 nach zuvor 8 Punkten) die Betriebe wieder mit einer rückläufigen Beschäftigtenzahl. Neben den trüben Geschäftsaussichten spielt für 63 Prozent der Betriebe aus dem Gastgewerbe die Sorge vor steigenden Arbeitskosten eine Rolle. In einigen Regionen dürfte der seit dem ersten Oktober geltende Mindestlohn von zwölf Euro zusätzlichen Druck bei den Arbeitskosten aufbauen. Bei den Messe-, Ausstellungs- und Kongressveranstaltern sind die Beschäftigungspläne zwar auch etwas zurückhaltender als noch in der Vorumfrage, aber insgesamt plant die Branche immer noch mit einem kräftigen Personalzuwachs. Die Unternehmen wollen ihre Personallücken weiterhin füllen, die während der Pandemie entstanden sind. Der Saldo bei den Beschäftigungsplänen bleibt daher positiv (bei 12 Punkten nach zuvor 30 Punkten).

Die negativen Geschäftsaussichten in der Industrie wirken sich auch hemmend auf die Beschäftigungspläne vieler unternehmensnaher Dienstleister aus. Besonders Unternehmen aus Forschung- und Entwicklung, die stark von den Investitionen der Industrie in Produktinnovation abhängen, planen zwar noch mit einem geringen Personalaufbau, sind jedoch angesichts der restriktiven Investitionspläne der Industrie deutlich zurückhaltender (Saldo von zwei nach zuvor 26 Punkten). Drohende Abschwungphasen wirken sich auch immer frühzeitig und deutlich auf die Unternehmen der Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften aus. Für diese Branche dreht der Saldo sehr deutlich ins Negative, auf minus 20 Punkte, nach zuvor 19 Punkten. Gleichzeitig gibt es aber auch bei den eher unternehmensnahen Dienstleistern Branchen, die weiterhin von einem Personalaufbau ausgehen. Zwar wirken auch dort die pessimistischen Geschäftserwartungen in Bau und Industrie hemmend, aber insgesamt rechnen vor allem Unternehmen mit Digitalisierungsbezug noch mit einem Stellenzuwachs: IT-Dienstleistender (Saldo von 18 nach zuvor 30 Punkten) oder Programmierer (Saldo von 21 nach zuvor 20 Punkten) rechnen mit steigender Beschäftigung. Trotz der besonders angespannten Situation im Baugewerbe planen Architektur- und Ingenieurbüros immer noch mit einem leichten Personalzuwachs (Saldo sieben nach zuvor 18 Punkten). Eine wesentliche Rolle spielt dabei der Fachkräftemangel in dieser Branche, den aktuell 68 Prozent als Risiko nennen (langjähriger Durchschnitt 53 Prozent).

Beschäftigungsabsichten in den kommenden 12 Monaten nach Sektoren

Anteile in Prozent



DIHK-Prognose für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

Verwendung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Deutschland

Veränderung gegenüber Vorjahr, in Prozent, preisbereinigt, verkettet

	2021	DIHK-Prognose 2022	DIHK-Prognose 2023
BIP	2,6%	1,2%	-3,0%
Private Konsumausgaben	0,4%	4,0%	-2,5%
Konsumausgaben des Staates	3,8%	4,3%	1,5%
Bruttoanlageinvestitionen	1,2%	-0,4%	-1,8%
– Ausrüstungen	3,5%	1,0%	-1,5%
– sonstige Anlagen	1,0%	1,3%	0,0%
– Bauten	0,0%	-1,8%	-2,5%
Export (Waren und Dienstleistungen)	9,7%	0,7%	-2,0%
Import (Waren und Dienstleistungen)	9,0%	5,4%	1,0%
Erwerbstätige (Veränderung in Tausend)	+65	+500	-50
Verbraucherpreise	3,1%	8,0%	8,0%